



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Zeit der Veränderung – auch
für das duale System?

Arge Alp diskutiert Tendenzen
und Zukunftsperspektiven

Kultusministerium reagiert
auf HPR- und VLB-Initiativen

QmbS – Schulentwicklung
braucht professionelles
Instrumentarium

Fit for Life – erfolgreiche
Projektarbeit für JoA's



**VLB-Fachtagung zur Lehrerausbildung:
Wir sind für Sie da!**

HERAUSGEBER
 Hans Käfler, Landesvorsitzender,
 Verband der Lehrer an
 beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
 VLB Verlag e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 Internet: www.vlb-bayern.de
 E-Mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION
 Hans Preißl
 Bergweg 1, 94051 Hauzenberg
 Telefon: 0 85 86 - 9 78 68 13
 Telefax: 0180 - 50 60 33 76 44 95
 E-Mail: preissl@vlb-bayern.de
 Martin Ruf
 Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 66 14 15
 Telefax: 09 31 - 6 60 72 91
 E-Mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG
 Andrea Götzke
 Telefon: 0 89 - 59 52 70
 Telefax: 0 89 - 5 50 44 43
 E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de
 Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
 Dachauer Straße 4, 80335 München

GESTALTUNG
 signum3 oHG
 Im Graben 6, 97204 Höchberg
 Telefon: 09 31 - 4 52 09 90
 Telefax: 09 31 - 4 52 75 98
 E-Mail: gc@signum3.de

DRUCK
 Böhler Verlag GmbH
 Seilerstraße 10, 97084 Würzburg
 Telefon: 09 31 - 6 34 31
 Telefax: 09 31 - 61 17 84

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS
 „VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
 Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG
 Die Kündigung kann bis drei Monate vor
 Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT
 Die veröffentlichten Beiträge sind
 urheberrechtlich geschützt.
 Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
 Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE
 Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
 durch die Redaktion als angenommen.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte
 übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, insbeson-
 dere Leserbriefe, müssen sich nicht
 mit der Meinung des Herausgebers und
 der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
 tationsdienst der Ständigen Konferenz der
 Kultusminister der Länder, im Dokumen-
 tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
 und im Dokumentationsring DOPAED
 bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS
 für Heft 08-09: 09. 07. 2007
 für Heft 10: 10. 09. 2007
 für Heft 11: 08. 10. 2007

ISSN 0942 - 6930

Thema des Tages

3 Hans Käfler: Zeit der Veränderung – auch für das duale System?

Bildungspolitik

4 Hans Preißl: Arge Alp in Ellwangen
 9 Hans Preißl: Weltlehrerkongress in Berlin

Dienstrecht

11 Wolfgang Lambl: KMS macht Schluss mit nachteiligen Auslegungen bei LUZ
 12 Wolfgang Lambl: Hemmnisse einer individuellen Leistungsentfaltung beseitigen
 13 Wolfgang Lambl: VG Ansbach beschließt erneut höhere Freistellung für Personalräte

Lehrerbildung

14 Hans Preißl: Neue Herausforderungen für die zweite Phase der Lehrerausbildung

FOS/BOS

18 Dr. Friedrich Heyder: Herausforderung Berufliche Oberschule

Pädagogik und Unterricht

20 Maria Mederer: Fit for Life
 22 Dr. Gerhard Keller: Nicht rauchen ist cool!

Schulentwicklung

23 Dr. H. Güttler/A. Zöllner: QmbS – Schulentwicklung braucht professionelles Instrumentarium

Aus dem Verbandsleben

- Landesverband**
- 26 Alexander Liebel: Aktuelles aus dem GV
- Bezirks- und Kreisverbände**
- 26 BV Mittelfranken; BV München; KV Obb.-Nord- und Südwest; KV Donau-Wald
- Fachgruppen**
- 29 FG Agrarwirtschaft; FG Gesundheitsberufe
- Senioren**
- 31 Seniorenvertreter tagen; Oberbayerische Senioren in der Hallertau
- 32 **Personalien**
- Vermischtes**
- 43 Mittelfranken in Bremen unterwegs; VLB-Senioren auf Kreuzfahrt
- 36 **Termine**
- Kommunale Schulen**
- 37 Klaus D. Schiffauer: Stadt München investiert in berufliche Bildung
- Letzte Seite**
- 40 Mitgliederbefragung zum Schematismus

Titelfotos: Hans Preißl

Zeit der Veränderung – auch für das duale System?

HANS KÄFLER

Vor kurzem fand in Nürnberg eine viel beachtete Tagung des Verbandes der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie zur Zukunft des dualen Berufsausbildungssystems statt. Dabei gab Hauptgeschäftsführer Bertram Brosardt ein flammendes Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem ab, betonte aber auch die Notwendigkeit, unumgängliche Anpassungen in einem zeitlich vertretbaren Rahmen vorzunehmen. Für die anwesenden Berufsschulvertreter besonders erfreulich waren die Ergebnisse einer Umfrage, welche die hohe Zufriedenheit der Ausbildungsbetriebe mit der Berufsschule dokumentieren. Damit standen zwei Themen, bei denen Industrie und Berufsschule in hohem Maße übereinstimmen, im Mittelpunkt: Modularisierung und Prüfungswesen. Als Inputgeber waren hochkarätige Vertreter des österreichischen Berufsbildungssystems eingeladen worden.

Österreich hat in den letzten Jahren ein erstaunliches Wirtschaftswachstum hervorgebracht, das u.a. auf einem hervorragenden Berufsbildungssystem und einem sehr pragmatischen Herangehen an Probleme basiert. So hat man sich dort beispielsweise sehr konsensorientiert auf ein moderates System der Modularisierung von Ausbildungsberufen geeinigt. Wirklich verblüfft waren die meisten teilnehmenden Fachleute aber vom österreichischen System der Berufsabschlussprüfungen. Dort ersetzt das Berufsschulzeugnis nämlich die Theorieprüfung. Eine theoretische Prüfung gibt es nur für Auszubildende, die die Berufsschule nicht bestanden haben oder für externe Teilnehmer. Dass trotz fehlender zentraler Theorieprüfung die Qualität der Ausbildung in Österreich nichts zu wünschen übrig lässt, ist nur ein weiterer Beweis dafür, dass „die Sau eben nicht vom Wiegen fett wird“.

Im Vergleich zu Bayern, wo das duale System immer noch einen Anteil

von 60 Prozent eines Jahrgangs abdeckt, ist die Bedeutung des dualen Systems in Österreich mit einem Anteil von 40 Prozent allerdings deutlich geringer. Mit seinen beruflichen Mittelschulen und den hervorragenden höheren technischen Lehranstalten und höheren kaufmännischen Schulen verfügt Österreich aber über ein stark ausgebauten schulisches Berufsbildungssystem.

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden neben dem Thema „Ausbildungsmarkt“ besonders die Modularisierung und das Prüfungswesen vertieft. Von Industrieseite wurde dabei das starre Festhalten an einmal eingenommenen Positionen sowohl beim Tarifpartner wie auch bei den Kammern beklagt. Angesichts sich verändernder Arbeitsstrukturen – besonders in der Automobilindustrie, neuer Studienmodelle, des bevorstehenden europäischen Qualifikationsrahmens und der stärkeren Berücksichtigung lebenslangen Lernens müssten Ausbildungszeiten flexibler werden. Auch die immer umfangreicher und zeitintensiver werdenden Abschlussprüfungen bedürften dringend einer Anpassung, wobei Manfred Theunert, Ausbildungsleiter bei BMW, vorschlug, der Einfachheit halber das österreichische System zu übernehmen und auf die Berufsschulnoten zurückzugreifen. Als Vertreter der Berufsschule konnte ich diesen Vorschlag nur unterstützen. Realistischer scheint mir aber eine Übernahme des baden-württembergischen Verfahrens zu sein, wo die Berufsschule die Prüfung als Schulabschlussprüfung durchführt, und die Kammern die Schulnoten dann in ihr Zeugnis übernehmen. Dabei würden die Prüfungsausschüsse sowohl bei der Erstellung wie auch bei einer Überprüfung der Ergebnisse weiterhin eingebunden bleiben.

Für mich als Berufsschulvertreter auf dem Podium war besonders wichtig, dass auch die für Tausende baye-
 rischer Hauptschüler weiterhin ver-

heerende Situation auf dem Ausbildungsmarkt als derzeit wohl wichtigster Schwachpunkt des dualen Systems angesprochen wurde. Aber auch hier zeigte sich eine – angesichts der paradoxen Gleichzeitigkeit von Ausbildungsplatzdefizit und Facharbeitermangel – kaum noch zu verantwortende Innovationsstarre der beteiligten Interessengruppen bei einer Suche nach pragmatischen Lösungen.

In den Arbeitsgruppen wurde am Nachmittag aber dann doch deutlich, dass es auch in Bayern möglich ist, sich in drängenden Fragen der Ausbildung junger Menschen schrittweise anzunähern. So werden derzeit Modellversuche in Handwerk und Industrie geplant, die Änderungen im Prüfungswesen ausprobieren sollen. Dazu passt, dass beispielsweise im Landtag Verbesserungen bei der Anrechnungspflicht vollzeitschulischer Qualifikationen beschlossen worden sind und jetzt „nur“ noch den Weg durch das Kabinett nehmen müssen.

Es wäre wirklich zu begrüßen, wenn die Akteure der beruflichen Bildung und insbesondere ihre Interessengruppen zugunsten unserer jungen Menschen ihre häufig starren Haltungen lockern und ergebnisorientierter aufeinander zugehen würden. Der Kongress der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie war geeignet, Mut und Zuversicht ein wenig zu stärken.

Noch ein Wort in eigener Sache: Ich werde voraussichtlich im Herbst dieses Jahres meinen beruflichen Mittelpunkt für mehrere Jahre nach Shanghai / VR China verlagern. Für diesen wohlüberlegten Entschluss bitte ich alle Mitglieder des VLB um Verständnis. Meine vier Stellvertreter im geschäftsführenden Vorstand werden den Verband bis zu den nächsten Wahlen im Herbst 2008 weiterhin erfolgreich leiten. Bis dahin wird sich auch ein engagierter Nachfolger für die Position des Landesvorsitzenden herauskristallisiert haben. Ich werde die Entwicklungen im bayerischen Bildungswesen weiterhin aufmerksam verfolgen und stehe meinen Mitstreitern – sofern gewünscht - über die inzwischen so vielfältigen Medien natürlich gerne mit guten Ratschlägen zur Verfügung. <

Arge Alp in Ellwangen:

Tendenzen und Zukunftsperspektiven in der beruflichen Bildung

HANS PREISL

„Herzlich Willkommen im Alpenland Baden-Württemberg“. Lächelnd quittierten die Teilnehmer der Arge Alp die von zarter Hand auf Flipchart gezirkelte Begrüßung. Es kratzt ja schon ein wenig am Selbstbewusstsein der Baden Württemberger, dass ihr Status als vollwertiges Arge Alp-Mitglied immer wieder in Frage gestellt wird. Viele Brücken sind dem Ländle schon gebaut worden, um diesen Komplex loszuwerden. Weil ihnen aber der bloße Blick bei guter Sicht als Alpenland-

status nicht genügt, fuhr Verbandschef Waldemar Futter süßes Geschütz auf: Er präsentierte ein Schokoladenkarree. Und tatsächlich weist die Chronik der Herstellerfirma aus, dass eine gewisse Klara Ritter in Cannstatt das erste quadratische Kakaoprodukt erfunden hat. Und dieses Produkt existiert mittlerweile in unzähligen Geschmacksversionen. Eine ist für den BLV-Vorsitzenden von besonderer Bedeutung, weil sie etwas beweist, was bisher als nicht beweisbar galt: „Ritter Sport Alpenmilch“. Und so konnte der Gastgeber die fünf Delegationen

mit neuem Selbstbewusstsein begrüßen. Das Treffen bringt jedes Jahr Bildungsexperten aus den europäischen Ländern zusammen, die ein duales System der beruflichen Bildung etabliert haben. Und damit die Veranstaltung im Musterlande auch muster-gültig abläuft, präsentierte Waldemar Futter einen eigenen OK-Chef: Ehrenvorsitzender Alexander Fesl richtete die Veranstaltung in seiner Heimatstadt Ellwangen mit nicht mehr zu übertreffender Perfektion aus. Hätte er nicht ein bildungspolitisches Gipfeltreffen, sondern einen banalen Kickerevent organisiert, wäre ihm der Superlativ „Lichtgestalt“ nicht mehr zu nehmen.

Traditionell beginnt die Arge Alp mit den sog. Länderberichten. Diese erlauben den Teilnehmern einen Blick über die Grenzen und vermitteln ein Verständnis für aktuelle Tendenzen und Probleme der jeweils anderen.

Baden-Württemberg: Fusion der Lehrerverbände

In Baden-Württemberg wird der seit langem vorbereitete Schritt einer Verschmelzung der Lehrerverbände an beruflichen Schulen im Herbst vollzogen. Die drei Organisationen BLBS, VHL und VLW werden zum BLV fusionieren. Weil sich die Aufgabengebiete der drei Lehrerverbände seit vielen Jahren weitgehend decken, hatte man bereits 1994 eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Namen „Berufsschullehrerverbände“ zwischen diesen Verbänden vereinbart. Als Nachfolgeorganisation entsteht jetzt der BLV („Berufsschullehrerverbände Baden-Württemberg e.V.“). Dieser BLV bündelt als Dachorganisation alle deckungsgleichen Interessen und Serviceleistungen der drei bisherigen Organisationen. Noch hat die derzeitige Struktur Dachverbandscharakter, es wird aber anvisiert, diese anzupassen und den Namen ab 2008 in „Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V.“ abzuändern. Wie vor Jahren in Bayern erwartet man sich eine Stärkung der verbandspolitischen Interessenvertretung, ohne dass die Verschmelzungspartner ihre Identität verlieren.

Einen Erfolg haben die Lehrerverbände gemeinsam mit dem Beamtenbund erzielt. Die Landesregierung hatte geplant, die Altersermäßigung für 55-bis 59-jährige Lehrerinnen und Lehrer im Höheren Dienst zu streichen. Dagegen hat sich der BLV unter anderem mit einer Unterschriftenaktion zur Wehr gesetzt. Es konnte durchgesetzt werden, dass die Altersermäßigung zumindest vorläufig unangetastet bleibt.

Südtirol: Erfolge bei der beruflichen Integration

In Südtirol hat der Bereich Bildung und Schule den vergangenen Jahren viele Neuerungen erfahren. Drei Streitpunkte standen dabei im Mittelpunkt einer gelegentlich auch kontrovers geführten Diskussion: die Lernberatung, das Portfolio sowie die Wahlfächer. Kritiker der Schulreform bemängeln, dass Südtirol die sog. Morat-

ti-Reform durchsetzen wolle, obwohl man in Italien nach dem Regierungswechsel einige Pfeiler der Reform nur noch mit gebremstem Eifer verfolgt.

Insgesamt stehen die Lehrerinnen und Lehrer der Schulreform nicht ablehnend gegenüber, wohl aber einzelnen Teilen. So beklagt man den zeitlichen Mehraufwand für die Führung des Portfolios und die Organisation der Wahlpflichtfächer, den vermehrten bürokratischen Aufwand und die Schwächung der Kernfächer zugunsten der Wahl(-pflicht)fächer.

Verwirklicht hat Südtirol seine lange verfolgte Absicht, eine Berufs-

matura einzuführen. Diese stellt die Gleichwertigkeit der Bildungsstränge her. Damit haben die Absolventen der Berufsschulen die Möglichkeit, ihre Ausbildung an den Universitäten fortzusetzen. Für das Studium technischer Fächer kooperiert man mit der Universität Innsbruck.

Besonders erfolgreich ist Südtirol bei der schulischen und beruflichen Integration. Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigung erhalten an der Koordinationsstelle für Integration Beratung und Informationen zu den Möglichkeiten einer beruflichen Ausbildung. Das Ergebnis kann sich



Karoline Meschnigg, Abteilungsleiterin Berufsschulen im österreichischen Unterrichtsministerium und der Landeschulinspektor der Berufsschulen in Vorarlberg, Hofrat Karl-Hermann Benzer.



Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl und der VLB-Landesvorsitzende Hans Käfler.



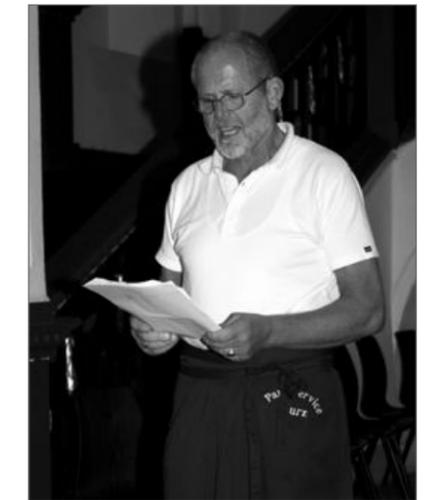
Der Ressortdirektor für deutsche und ladinische Berufsbildung, Dr. Günther Andergassen und Christoph Thomann, vom Zentralvorstand des BCH, der Dachorganisation für alle Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer der Schweiz.



Beat Wenger, der Präsident der BCH, Karoline Meschnigg und Dr. Günther Andergassen bei der Pressekonferenz.



Souveräner Organisator und Meister des Zeitmanagements: BLBS-Ehrenvorsitzender Alexander Fesl.



Ein Metzger, der Gedichte schreibt: Im Palais Adelmann präsentierte der gelernte Metzgermeister ein zauberhaftes Büffett und überraschte mit einem lyrischen Dessert.



BLV-Chef Waldemar Futter (li.) dankt dem Leiter des Berufsschulzentrums Ellwangen Dr. Wolfgang Fähnle für die Einblicke in zukunftsweisende Bildungsangebote.



Ein Ritual sorgt für Kontinuität: Iris Fröhlich überreicht die Arge-Alp-Glocke an Direktor Alfons Steiner. Die Südtiroler Delegation richtet die Arge Alp 2008 aus.



Wolfgang Lambl (rechts) bedankt sich bei den charmanten Gastgebern Gerd Baumann und Iris Fröhlich mit einem flüssigen Gastgeschenk.



Ministeriumsvertreter Klaus Lorenz stellte sich einer ausführlichen Debatte zum Thema Schulentwicklung. Das war Waldemar Futter einen „guten Tropfen“ wert.



Die Schülerinnen des Berufsvorbereitungsjahres präsentierten ihren Ausbildungsgang und stellten anschließend ihre Qualitäten in Gästebetreuung unter Beweis.

sehen lassen: 91 Prozent schaffen den Einstieg in die Berufswelt.

Schweiz: „Case Management“ begleitet benachteiligte Jugendliche ins Erwerbsleben

Das Inkrafttreten des neuen Berufsbildungsgesetzes (BBG) im Jahr 2004 hat eine Reihe von Reformen vor allem in der beruflichen Grundbildung ausgelöst. Ganz oben auf der Agenda steht die Revision der fast 300 Berufsbilder. Bis Ende 2007 sollen rund 50 neue oder revidierte Verordnungen in Kraft gesetzt werden.

Das BBG hat die Verbundpartnerschaft zum Programm erklärt. Die Verbundpartner der Berufsbildung – Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt – trafen sich in Magglingen zu einer Standortbestimmung. Daraus

resultieren die sog. „Magglinger Leitlinien.“ Sie dienen den Verbundpartnern auf allen Ebenen als Grundlage für die Zusammenarbeit. Ein Hauptanliegen sind der Verbundpartnerschaft die Übergänge Sekundarstufe I – Sekundarstufe II – Arbeitswelt. An diesen beiden Übergängen steckt die Idee der Verbundpartnerschaft noch in den Anfängen. Deshalb sollen diese gestärkt werden. Allerdings hat man sich für ein behutsames und rücksichtsvolles Vorgehen entschieden: „Beim Aufbau und Ausbau etablierter und funktionierender Beziehungen ist darauf zu achten, dass die erweiterten Verbundpartnerschaften stets auch die Vertreterinnen und Vertreter der Zubringer und Abnehmer der Berufsbildung mit einbeziehen.“ (Leitlinie 4)

Die vor zehn Jahren eingeführte Berufsmaturität ins Schweizer Bil-

dungssystem darf mit Fug und Recht als eine Erfolgsgeschichte bezeichnet werden. Diese Berufsmaturität eröffnet Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten. Sie verbindet eine berufliche Grundbildung mit erweiterter Allgemeinbildung. Berufsmaturandinnen und -maturanden verfügen damit über eine doppelte Qualifikation: Sie haben einen Beruf und können sich auf dem Arbeitsmarkt präsentieren. Außerdem können sie prüfungsfrei ein Studium an einer Fachhochschule beginnen. Die Berufsmaturitätsquote ist mittlerweile auf 12 Prozent gestiegen.

Die Schweiz lanciert in einer Gemeinschaftsaktion von Kantonen, Organisationen der Arbeitswelt und weiteren Institutionen „Case Management,“ um sozial und schulisch schwachen Jugendlichen einen besseren Start zu ermöglichen. Soweit notwendig sollen damit gefährdete Jugendliche vom 7. Schuljahr an über die berufliche Grundbildung bis ins Erwerbsleben begleitet werden

Österreich. Module sollen Ausbildung bedarfsgerecht flexibilisieren

Die Novelle des Berufsausbildungsgesetzes von 2006 erlaubt es, das System der Lehrlingsausbildung durch Modularisierung zu modernisieren. Das Fundament der Ausbildung bilden Basismodule, die für verwandte Lehrberufe gleich formuliert werden. Dem Bedarf an zunehmender Spezialisierung in der Ausbildung könnte

durch Wahlpflicht- und Zusatzmodule Rechnung getragen werden, die auf den Basismodulen aufbauen. Für Betriebe brächte dies den Vorteil einer bedarfsgerechten Spezialisierung und Flexibilisierung der Ausbildung. Der erste Modulberuf „Energie- und Gebäudetechnik“ wird noch in diesem Jahr erlassen werden. Ziel ist es, bis 2011 alle Branchen in Modulberufe zu transformieren. Allerdings leisten die Bundesländer Widerstand, weil sie eine Kostenexplosion befürchten.

Vorne sind die Österreicher bei den doppelt qualifizierenden Bildungsgängen. Die Berufsreifeprüfung öffnet den Lehrabsolventen in einem absehbaren Zeitrahmen den Weg zur Universitätsausbildung. Jedes Jahr schaffen auf diese Weise 2000 Teilnehmer den Hochschulzugang.

Ein statistischer Erfolg sind auch die Lehrstellenberater. Diese Ausbildungsplatzakquisiteure kontaktieren und motivieren Betriebe. Dieses Engagement drückt sich in messbaren Zahlen aus: Fast 5700 Lehrstellen haben die Betriebe zusätzlich bereitgestellt. Für Bewerber des zweiten Bildungsweges erkennt Österreich in beruflichen Praxiszeiten erworbene Kompetenzen an und verzichtet auf eine formelle Lehrausbildung im Betrieb. Ebenso kann auf theoretische Teile der Prüfung verzichtet werden, wenn der Bewerber Kompetenzen durch non-formales Lernen nachweisen kann.

Bayern modularisiert die Lehrerbildung

In Bayerns Berufsschulen liegt der Anteil der neu aufgenommenen Schüler, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen, bei 20 Prozent. Die geringe Vermittlungschance der Hauptschulabsolventen führt jetzt auch in Bayern zu einer kritischen Hinterfragung des dreigliedrigen Schulsystems. Deshalb wird die Hauptschule gründlich reformiert: Ganztagsangebote, Profilbildung und Modularisierung sollen den Schultyp retten.

Um die Gleichwertigkeit mit den allgemeinbildenden Abschlüssen deutlich zu machen, verleiht die künftige Berufliche Oberschule die Ab-

schlüsse Abitur und Fachabitur. Die Zusammenfassung der Schularten FOS und BOS zum neuen Schultyp gefährdet aber womöglich die elternunabhängige Förderung der BOS-Schüler.

Auch Bayern macht sich jetzt auf den Weg zur selbständigen Schule. Am Modellversuch PROFIL 21 beteiligen sich 18 berufsbildenden Schulen. Auf den Feldern Unterrichts-, Personal-, Organisationsentwicklung und Finanzverwaltung soll der Anschluss zu anderen Bundesländern wieder hergestellt werden.



Bei der Führung mit Einblicken in Kultur und Geschichte der Stadt Ellwangen blieb Zeit für ein Gruppenfoto der Arge Alp 2007.

Die Europäisierung der Lehrerbildung soll die 1. Staatsprüfung durch einen Masterabschluss ersetzen. Die zweite Phase der Lehrerbildung wird modularisiert.

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an Bayerns Schulen führt zu einer höchst angespannten Stimmung in den Kollegien. Mehrere Arbeitszeitverlängerungen, gesteigerter Vorbereitungs- und Fortbildungsbedarf und viele Sonderaufgaben bringen die Lehrerinnen und Lehrer an die Grenze der Belastbarkeit. Die Föderalismusreform hat die Kompetenzen für das Beamtenrecht weitgehend in Län-

derhände gelegt. Bayern will die Eckpunkte einer Dienstrechtsreform noch vor den Landtagswahlen 2008 vorlegen. Kernstück soll eine leistungsge-rechte Besoldung sein.

Der Vormittag des zweiten Tages galt einer gründlichen Debatte um die Ausgestaltung von Qualitätssicherungssystemen an beruflichen Schulen. In seinem Impulsreferat „Zukunftsperspektiven der beruflichen Bildung“ skizzierte der Leiter der Abteilung Berufliche Schulen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Klaus Lorenz eingangs einige Rah-

menbedingungen, unter denen die aktuelle Debatte um die Zukunftsfähigkeit der beruflichen Bildung geführt wird:

- Stärkere Orientierung an Learning Outcomes
- Asymmetrie zwischen den Anforderungen in der beruflichen Bildung und der Bewerberlage (Reizwort „Mangelnde Ausbildungsreife“)
- Aufgeblähtes Übergangssystem
- Anschlussfähigkeit des dualen Systems nach oben
- Neue Modularisierungskonzepte („Dual mit Wahl“)

Operativ Eigenständige Schule

Viele Herausforderungen, vor denen berufliche Schulen stehen, stellen sich regional unterschiedlich dar. Um die Schul- und Unterrichtsqualität eigenverantwortlich und passgenau zu diesen Herausforderungen vor Ort weiterentwickeln zu können, brauchen sie eine Ausweitung ihres Handlungsspielraums. Aus diesem Grund stellt Baden-Württemberg die Eigenständigkeit berufsbildender Schulen in den Mittelpunkt der Qualitätsbemühungen.

Eine zentrale Erkenntnis aus internationalen Vergleichsstudien ist, dass die ausgewogene Balance zwischen Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Einzelschulen und Verpflichtung zur Kontrolle des Erfolgs das Rezept für eine Spitzenstellung darstellt.

Das Konzept der „Operativ Eigenständigen Schule“ OES bettet dabei Selbst- und Fremdevaluation in ein System der Qualitätsentwicklung ein. Systematische Qualitätsentwicklung im Konzept OES bedeutet dabei, dass sich alle am Schulleben Beteiligten gemeinsam mit dem Thema Qualität auseinandersetzen. Sie überprüfen, ob sie die festgelegten Ziele erreichen und passen ihr Handeln gegebenenfalls an. Dadurch wird die Schule zu einer lernenden Organisation mit kontinuierlicher Qualitätsverbesserung.

OES fördert die Prozesse der Qualitätsentwicklung und respektiert die pädagogische und fachliche Erstverantwortung der beruflichen Schulen. Im Zentrum steht die Entwicklung der Unterrichtsqualität. Dies setzt den Aufbau eines professionellen Qualitätsentwicklungssystems voraus. Zudem soll mit Zielvereinbarungen zwischen den Schulen und der Schulverwaltung ein effektives Steuerungskonzept etabliert werden.

Systematische Qualitätsentwicklung mit OES erfolgt in aufeinander aufbauenden Schritten:

- Leitbildentwicklung,
- Selbstevaluation und systematische Qualitätsentwicklung,
- Fremdevaluation,
- Zertifizierung,
- Zielvereinbarung.

Die Fremdevaluation und die daran anschließende Zielvereinbarung wiederholen sich in der Regel in fünfjährigen Abständen.

Ein Leitbild gibt der Schulentwicklung einen Rahmen

Weil berufliche Schulen meist eine Vielzahl unterschiedlicher Bildungsgänge unter einem Dach vereinen, kommt der Verständigung des gesamten Kollegiums auf gemeinsame pädagogische Ziele eine besondere Bedeutung zu. Diese formuliert sie im Leitbild. Gegenstand dieser Zielvorstellungen können beispielsweise der Unterricht, die Förderung der Schülerinnen und Schüler und die Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten sein. Das Leitbild dient als Wegmarke für strategische Entscheidungen und gibt der weiteren Schulentwicklung einen verbindlichen Rahmen. Es drückt auch das Selbstverständnis der Schule nach innen und gegenüber der Schulöffentlichkeit aus. Akzeptiert und wirksam ist ein Leitbild nur, wenn sich an seinem Entstehungsprozess das gesamte Kollegium beteiligt.

Wichtiger Baustein für die Schulentwicklung ist der Aufbau von Teamstrukturen. Als besonders nützlich haben sich systematische und konstruktive Feedbacks zwischen Schülerschaft und Lehrkräften und auch innerhalb von Lehrerteams bewährt. Sie fördern eine eigenverantwortliche Entwicklung der Lehrerpersönlichkeit und eine Erziehung, die sich an der Schülerpersönlichkeit orientiert. Die Erfahrungen aus dem Modellvorhaben OES zeigen, dass durch Individualfeedback das Verantwortungsbewusstsein der Schülerinnen und Schüler für den Unterricht steigt,

Externe Evaluation wird wertschätzend und vertrauensvoll umgesetzt

Die Fremdevaluation durch das Landesinstitut für Schulentwicklung stellt die Bewertung der schulischen Qualitätskonzepte in den Vordergrund. Dabei wird die Qualität nach einem objektivierte Maßstab festgestellt und die Schule erhält professionelle exter-

ne Rückmeldung über ihre Stärken und Verbesserungsbereiche. Dadurch erhält die Schule Impulse für künftige Entwicklungsschritte. Darüber hinaus bildet der Bericht der Fremdevaluation die Basis für eine zielgerichtete Beratung der Schulen und für praktikable Zielvereinbarungen mit der Schulverwaltung.

Das Konzept der Fremdevaluation wurde in Anlehnung an das schweizerische Qualitätsmanagementkonzept Q2E von Landesinstitut und Kultusministerium erarbeitet, an insgesamt 18 beruflichen Schulen erprobt und aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse weiterentwickelt.

Die Fremdevaluation führt ein Team durch. Es besteht in der Regel aus drei qualifizierten Evaluatoren des Landesinstituts und einem von der jeweiligen Schule vorgeschlagenen „critical friend“. Das Evaluationsteam begutachtet unter anderem die Ergebnisse der schulinternen Selbstevaluation und die daraus abgeleiteten Maßnahmen. Es verzichtet aber ausdrücklich auf Unterrichtsbesuche. Nach Meinung von Lorenz ergäben sie keine gültige Aussage und seien deshalb nicht seriös. Der Ministeriumsvertreter lobt die vertrauensvolle und wertschätzende Art, mit der die externe Evaluation umgesetzt wird. Er hat sich zum Ziel gesetzt bis zum Schuljahr 2010/11 alle Schulen zu operativ eigenständigen Schulen zu machen.

Absage an den Ranking-Gedanken

Die Diskussion des Württemberger Modells ergab grundsätzliche Zustimmung zur schulischen Qualitätsentwicklung. Allerdings wird auch gesehen, dass sie einen zusätzlichen Aufwand erfordert und erhebliche Ressourcen bindet. Unter den Teilnehmern herrschte deshalb Konsens, dass dies nicht zu Lasten der Unterrichtsversorgung gehen dürfe. Angemahnt wurde eine deutliche Verbesserung des Kosten-Nutzenverhältnisses. Priorität habe eine ehrliche, selbstbewusste und selbstbestimmte Eigenevaluation. Die Fremdevaluation solle durch Prüfung der Plausibilität für Objektivität sorgen. Dem Ranking-Gedanken wird eine Absage erteilt.

Ein beeindruckendes Beispiel gelebter Schulqualität erfuhren die Arge-Alp-Teilnehmer beim Besuch des Kreisberufsschulzentrums Ellwangen. Dieses berufliche Kompetenzzentrum vereinigt drei Schultypen unter einer Leitung. Als breit aufgestellte Bildungseinrichtung profiliert sie sich auf unterschiedlichsten Feldern: Von der beruflichen Integration, über die berufliche Erstausbildung bis hin zur beruflichen Weiterbildung hält sie hochwertige Angebote bereit. Dabei unterstützt sie Benachteiligte ebenso, wie sie Begabte fördert. So realisiert sie sowohl Berufsorientierung wie auch anspruchsvolle Fortbildung.

Nur vor der Berichterstattung über das Ereignis drücken sie sich seit Jahren mit Erfolg. Das ist womöglich Folge ihrer erfolgreichen Imagekampagne. Behaupten sie doch trotz ihrer tiefen Abneigung gegen jeden Protz: „Wir können alles – außer Hochdeutsch.“

Kulturelles Rahmenprogramm

Trotz der dichten Folge des Arbeitsprogramms hatte Alexander Fesl

Weltlehrerkongress in Berlin:

Bildung als Schlüssel zu sozialer Gerechtigkeit

HANS PREISL

Simbabwe (1995), USA (1998), Thailand (2001), vor drei Jahren dann Brasilien: Der Weltlehrerkongress der Bildungsinternationale (BI) wandert von Kontinent zu Kontinent. In diesem Jahr ist Europa an der Reihe. Berlin wird Gastgeber sein für mehr als 1.500 Lehrgewerkschafter aus allen Teilen der Welt. Die deutschen Farben vertreten die GEW, der Verband Bildung und Erziehung VBE und der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen BLBS. Zwischen dem 22. und 26. Juli tagt mit Education International ein Verband, der mit seinen mehr als 380 ihm angeschlossenen Organisationen 30 Millionen Pädagogen vertritt. Er ist damit eine der größten Arbeitnehmerorganisationen weltweit. Seine Schlagkraft will er nutzen, um sich für eine hochwertige öffentliche Bildung für jeden jungen Men-

schens, angemessene Arbeitsbedingungen in jeder Schule und die Achtung der Rechte sowohl der Lehrenden als auch der Lernenden einzusetzen.

Unter dem Motto „Pädagogen – gemeinsam für eine Bildung von hoher Qualität und sozialer Gerechtigkeit“ werden auf dem Kongress Entwicklungen und Probleme im Bildungsbereich diskutiert, Situation und Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer analysiert und das weitere Vorgehen der Weltlehrerbewegung beraten. Bewusst wurde als gemeinsamer Nenner eine allgemeine Formel gewählt, um die Chance zu nutzen die äußerst verschiedenen Problemlagen in den einzelnen Ländern zu überbrücken.

„Wir von der BI haben die feste Überzeugung, dass jedes Kind ein naturge-

gebenes Recht auf eine Bildung von hoher Qualität hat – ungeachtet des Geschlechts, der Hautfarbe, der Sprache, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, der Fähigkeiten oder einer Behinderung“, erklärte BI-Präsident Thulas Nxesi aus Südafrika. „Aus diesem Grunde fordern wir weltweit die Regierungen auf, in starke und solide öffentliche Bildungssysteme zu investieren, um den Bedürfnissen eines jeden Schülers gerecht zu werden.“

Daneben setzt sich BI auch für die Menschen- und Gewerkschaftsrechte von Pädagogen ein. „Hier in Deutschland haben Lehrer das Recht, sich ungehindert in demokratischen Gewerkschaften zu organisieren, die heute hier vertreten werden“, erklärte BI-Generalsekretär Fred van Leeuwen. „Doch in vielen anderen Ländern bedeutet die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, sein Leben aufs Spiel zu setzen. Die BI setzt sich dafür ein, die Rechte derer zu verteidigen, die bereit sind, alles zu geben, um Bildung an die nächste Generation weiterzugeben.“

„Wir brauchen ein anderes Bild vom Pädagogen in der Gesellschaft

Ebenso will der Kongress Stellung beziehen gegen die weltweite Tendenz der Privatisierung von Bildung und die wachsende Zahl nicht qualifizierter Lehrkräfte. Auch in Deutschland ist seit Jahren der Beruf freigegeben für Quereinsteiger jeder Art. „Inzwischen dürfen auch Eltern einspringen, um Unterrichtsausfall pro forma zu senken. Es ist blamabel, wie mit Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland umgesprungen wird“, kritisierte der VBE-Vorsitzende Ludwig Eckinger. Er will deshalb, dass der Berliner Kongress wichtige Impulse zur gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrerberufs setzt. „Die Aufwertung von Bildung und Erziehung ist ohne die Aufwertung des Lehrerberufs nicht zu packen“, ist sich Eckinger sicher.

Regierungen müssen in starke öffentliche Bildungssysteme investieren

„Wir von der BI haben die feste Überzeugung, dass jedes Kind ein naturge-

gebenes Recht auf eine Bildung von hoher Qualität hat – ungeachtet des Geschlechts, der Hautfarbe, der Sprache, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion, der Fähigkeiten oder einer Behinderung“, erklärte BI-Präsident Thulas Nxesi aus Südafrika. „Aus diesem Grunde fordern wir weltweit die Regierungen auf, in starke und solide öffentliche Bildungssysteme zu investieren, um den Bedürfnissen eines jeden Schülers gerecht zu werden.“

Daneben setzt sich BI auch für die Menschen- und Gewerkschaftsrechte von Pädagogen ein. „Hier in Deutschland haben Lehrer das Recht, sich ungehindert in demokratischen Gewerkschaften zu organisieren, die heute hier vertreten werden“, erklärte BI-Generalsekretär Fred van Leeuwen. „Doch in vielen anderen Ländern bedeutet die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, sein Leben aufs Spiel zu setzen. Die BI setzt sich dafür ein, die Rechte derer zu verteidigen, die bereit sind, alles zu geben, um Bildung an die nächste Generation weiterzugeben.“

Wir brauchen ein anderes Bild vom Pädagogen in der Gesellschaft

Ebenso will der Kongress Stellung beziehen gegen die weltweite Tendenz der Privatisierung von Bildung und die wachsende Zahl nicht qualifizierter Lehrkräfte. Auch in Deutschland ist seit Jahren der Beruf freigegeben für Quereinsteiger jeder Art. „Inzwischen dürfen auch Eltern einspringen, um Unterrichtsausfall pro forma zu senken. Es ist blamabel, wie mit Lehrerinnen und Lehrern in Deutschland umgesprungen wird“, kritisierte der VBE-Vorsitzende Ludwig Eckinger. Er will deshalb, dass der Berliner Kongress wichtige Impulse zur gesellschaftlichen Anerkennung des Lehrerberufs setzt. „Die Aufwertung von Bildung und Erziehung ist ohne die Aufwertung des Lehrerberufs nicht zu packen“, ist sich Eckinger sicher.

Berufliche Bildung muss zentrale Säule des Bildungswesens in allen Nationen sein

Wenn Bildung der Schlüssel zur Bewältigung sozialer Probleme sein will,

darf sie nicht einfach aufhören. Deshalb muss die berufliche Bildung eine zentrale Säule des Bildungswesens aller Nationen sein. Sie schafft den Übergang zum lebenslangen Lernen. „Dies ist ein entscheidender Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftssysteme, zur Beschäftigungsfähigkeit und zum Gesamtbildungsniveau“, so der Bundesvorsitzende des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) in Deutschland, Berthold Gehlert.

bildung für diesen Bereich, bemängelte der BLBS-Vorsitzende. Berufliche Bildung sei aber unverzichtbar, um einer Nation die notwendigen qualifizierten Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen.

Die gesellschaftliche Anerkennung der Lehrkräfte des beruflichen Schulwesens einer Nation müsse dem komplexen Bildungsauftrag des Berufsbildungssystems entsprechen. „Das bedeutet, dass die Lehrkräfte eine Spitzenausbildung in fachlicher und päd-

stehen. Es dürfe keinen elitären Bildungsanspruch geben, der die berufliche Bildung ausblendet oder ihren Stellenwert nicht anerkennt.

Gehlert bedauerte, dass es eine meist noch ungelöste Aufgabe sei, den Jugendlichen nach dem Abschluss der allgemeinen Bildung einen nahtlosen Übertritt in die Berufsbildung zu ermöglichen. Das gelte leider auch für die Bundesrepublik Deutschland. Ein zeitgemäßes System beruflicher Bildung müsse aber das Recht junger Menschen auf eine freie Wahl der beruflichen Ausbildung einlösen und entsprechend viele Ausbildungsplätze in der Wirtschaft und Lehrkräfte im Schulsystem zur Verfügung stellen. Nur so trage sie entscheidend zur sozialen Gerechtigkeit bei.

Als Gastgeber insbesondere für Kolleginnen und Kollegen aus dem internationalen Umfeld der beruflichen Bildung freue sich der BLBS auf interessante Begegnungen, kollegiale Gespräche und eine erfolgreiche Zusammenarbeit, erklärte Berthold Gehlert. <



Von links: Mira Futasz (VBE Pressereferentin), Berthold Gehlert (BLBS Bundesvorsitzender), Ulrich Thöne (GEW Bundesvorsitzender), Thulas Nxesi (BI Präsident), Fred van Leeuwen (BI-Generalsekretär).

Dass in Deutschland das berufliche Schulwesen differenziert ausgebaut ist und sich weitgehend unter öffentlicher Verantwortung entwickelt, hält der BLBS für richtig. Er spricht sich deshalb klar gegen die Privatisierung von Bildung aus. „Bildung zu denken und umzusetzen ist zu allererst Aufgabe des Staates und nicht der Wirtschaft oder anderer interessengeleiteter Bildungspäpste,“ schrieb Gehlert selbsternannten Bildungs-Aktionsräten ins Stammbuch.

In vielen Ländern bestehe erheblicher Nachholbedarf. Vielfach gebe es kein ausgebautes berufliches Bildungswesen oder es werde stiefmütterlich behandelt. Insbesondere fehle es oft an einer eigenständigen Lehrer-

agogischer Hinsicht erhalten müssen. Diese umfassende Qualifikation muss in Form von angemessener Bezahlung, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen berücksichtigt werden“, forderte Gehlert.

Diese Ziele sind international allerdings häufig noch nicht einmal in Ansätzen erreicht. Deshalb werden BLBS und die französische Gewerkschaft SNETAA auf dem Weltlehrerkongress eine entsprechende Resolution gemeinsam einbringen. Die Präambel dieser gemeinsamen Resolution, betont die grundlegende Erkenntnis, dass die Bildungssysteme aller Nationen im Kern aus den aufeinander bezogenen Zielen einer allgemeinen und einer beruflichen Bildung be-

Terminvormerkung

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Treffpunkt der Lehrkräfte an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern

Die Fachtagung findet am Samstag, 20. Oktober 2007, von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr in Ingolstadt statt.

KMS macht Schluss mit nachteiligen Auslegungen bei LUZ:

Kultusministerium reagiert auf HPR- und VLB-Initiativen

WOLFGANG LAMBL

Das Ministerium hat mit dem KMS Gz. VII.7-5 P 9004-7.120253 vom 16.05.2007 auf Initiativen und Vorschläge des Hauptpersonalrates und des Verbandes zu der teilweisen Negativauslegung in Zusammenhang mit LUZ und Mehrarbeit reagiert und mit den Vorgaben Schulleitungen und Lehrkräften deutlich gemacht, dass

- die Mitwirkung bei schulischen und nichtschulischen (Berufs-)Abschlussprüfungen bei der Unterrichtspflichtzeit zu berücksichtigen ist,
- nichtvorhersehbarer Unterrichtsausfall (z.B. wegen Schulveranstaltungen) während des Schuljahres grundsätzlich nicht spitz erfasst wird,
- geleistete Mehrarbeit durch einvernehmliche Anpassung der Unterrichtspflichtzeit – auch zum Schulhalbjahr – Berücksichtigung findet.

So werden die Vollzugshinweise zur Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer an beruflichen Schulen (LUZ) vom 05.06.2000 durch modifizierte Regelungen ersetzt. Zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands wird auf die detaillierte Erfassung (Spitzabrechnung) der eingebrachten Unterrichtswochenstunden während des Schuljahres soweit möglich verzichtet. Weiterhin müssen aber vor allem die frühzeitige Beendigung des Unterrichts in den Abschlussklassen sowie die Teilnahme von Lehrkräften an den Berufsabschlussprüfungen der Kammern besonders berücksichtigt werden.

Im Einzelnen gilt ab dem Schuljahr 2007/08 Folgendes für die beruflichen Schulen:

1. Das Jahres-Sollstundenmaß der Lehrkräfte im Schuljahr errechnet sich wie bisher aus der Unterrichtspflichtzeit abzüglich der An-

rechnungs- und Ermäßigungsstunden nach der Formel: Unterrichtspflichtzeit pro Woche mal Zahl der Unterrichtstage geteilt durch 5.

2. Bei der Einsatzplanung zu Schuljahresbeginn sind das Jahres-Sollstundenmaß und der tatsächliche Unterrichtseinsatz abzugleichen.

Wenn eine vollständige Übereinstimmung des Unterrichtssolls mit dem tatsächlichen Unterrichtseinsatz zu Schuljahresbeginn nicht herzustellen ist, ist grundsätzlich im darauffolgenden Schuljahr ein entsprechender Ausgleich zu schaffen. Wegen der Möglichkeit, die Arbeitszeit und damit die Unterrichtspflichtzeit generell zu erhöhen bzw. zu mindern, wird auf das Schreiben des Ministeriums vom 13.04.2007 Nr. II.5-5P4004-6.37069 verwiesen. Abweichend kann – wie teilweise schon praktiziert – die Unterrichtspflichtzeit einvernehmlich auch zum Schulhalbjahr geändert werden, wenn die Versorgungslage dies erfordert.

3. Vorhersehbarer Unterrichtsausfall während des Schuljahres z.B. wegen Schülerpraktika ist bei der Einsatzplanung zu Schuljahresbeginn zu berücksichtigen.
4. Besondere Regelungen gelten bezüglich des Unterrichtsausfalls wegen Abschlussprüfungen:

- a) Schulische Abschlussprüfungen:

- Bei Lehrkräften, die als Prüfer an den Abschlussprüfungen teilnehmen, gilt der dadurch bedingte Unterrichtsausfall in der Regel durch die Korrekturen der schriftlichen Abschlussarbeiten und die Abnahme der mündlichen Prüfungen als eingebracht.

- Bei Lehrkräften, die nicht als Prüfer tätig sind, muss der Unterrichtsausfall durch eine entsprechende Erhöhung des Unterrichtseinsatzes oder durch sonstige zusätzliche dienstliche Tätigkeiten angemessen kompensiert werden.

Über die Art und Weise der Kompensation entscheidet der Schulleiter.

- b) Nichtschulische Berufsabschlussprüfungen der Kammern:

- Der Unterrichtsausfall in den Abschluss- und Nichtabschlussklassen wird als Minus erfasst. Das Minus ist durch Unterricht und/oder durch die Zuteilung von Stunden aus dem Stundenpool auszugleichen; über Art und Umfang des Ausgleichs entscheidet der Schulleiter.

5. Nichtvorhersehbarer Unterrichtsausfall (z. B. wegen Schulveranstaltungen) oder nicht vorhersehbare Unterrichtsmehrung während des Schuljahres werden grundsätzlich nicht spitz erfasst.

Etwas anderes gilt nur bei

- Unterrichtsausfall wegen Abschlussprüfungen (s. Nr. 4)
- in den Fällen angeordneter Mehrarbeit; hier müssen die Unterrichtsmehrung und der Unterrichtsausfall bei den Lehrkräften, die angeordnete Mehrarbeit leisten, während des Jahres erfasst und gegebenenfalls verrechnet werden.

6. Alle bisherigen Regelungen zu LUZ, insbesondere die Vollzugshinweise vom 5.6.2000 und das Schreiben des Kultusministeriums betreffend die sonstigen schulischen Veranstaltungen vom 18.07.2005 (Nr. VII.8-5 P 9004.7-65971) verlieren ihre Gültigkeit mit Ablauf des Schuljahres 2006/07.

Fazit:

Die Abteilung berufliche Schulen widerlegt mit den neuen (Berücksichtigung-)Möglichkeiten zu LUZ den in Lehrerzimmern verbreiteten Spruch: „Das KM ist beratungsresistent!“. Vielmehr gilt es an dieser Stelle insbesondere der Personaljuristin Dr. Jutta Scherg und Ministerialdirigenten Dr. Peter Müller mit der gesamten Abteilung zu danken, die mit dem KMS die Berücksichtigung sowohl Mehrarbeit als auch außerunterrichtliche Tätigkeiten vorsehen. Die konkrete Umsetzung an den einzelnen Schulen liegt in der Verantwortung der Schulleitungen

und der Personalvertretungen, welche nach Art. 75 Abs. 4 Nr. 1 und Art. 76 Abs. 1 Nr. 1 im Rahmen der Mitbestimmung und Mitwirkung förmlich zu beteiligen sind. Der Hauptpersonalrat empfiehlt den örtlichen Personalvertretungen zu den innerdienstlichen LUZ- und Mehrarbeitsregelungen zu LUZ mit der Dienststellenleitung eine Dienstvereinbarung nach Art. 73 BayPVG abzuschließen. Ministerium und Hauptpersonalrat hoffen, dass die erheblich „abgespeckte

Form“ des LUZ bei beruflichen Schulen gut aufgenommen wird und die Regelungen auch zum Wohle der Beschäftigten angewendet werden.

Ihre Meinung interessiert uns:

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.
Wolfgang Lambl
Dachauer Str. 4, 80335 München
Fax (089) 5 50 44 43
E-Mail: lambl@vlb-bayern.de

Fachhearing zur Reform des Laufbahnrechts:

Hemmnisse einer individuellen Leistungsentfaltung beseitigen

WOLFGANG LAMBL

Am 26.04.2007 fand auf Einladung des Finanzministeriums in München das erste Fachhearing zur Überarbeitung des bayerischen Laufbahnrechts statt, bei dem Josef Bugiel, für den BBB folgende, in der Dienstrechtskommission unter Mitwirkung des VLB erarbeitete Stellungnahme vortrug.

Die Föderalismusreform hat den Weg dafür frei gemacht, hier bayerisches Recht weitgehend frei zu gestalten. An bundesrechtlichen Vorgaben haben wir nur die Verfassung zu beachten. Dazu gehört, dass nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der Laufbahngrundsatz den hergebrachten Grundsätzen des Art. 33 Abs. 5 GG zuzurechnen ist. Wie dieser jedoch im Einzelnen zu gestalten ist, bleibt dabei weitgehend offen.

Aus der Sicht des Bayerischen Beamtenbunds hat sich das geltende Laufbahnrecht nicht als so mangelhaft erwiesen, dass eine völlige Umgestaltung von Nöten wäre. Der BBB hat zum Laufbahnrecht kontinuierlich im Verlauf der Jahrzehnte punktuell zahlreiche Änderungsanträge eingebracht. Lediglich das Beurteilungsrecht, das heute nicht zur Erörterung steht, wurde mit einer gewissen Fundamentalkritik bedacht, was nicht zuletzt

darauf zurückgeht, dass seine derzeit geltende Fassung Ende der 90er Jahre am grünen Tisch ohne zureichende Beteiligung der Betroffenen zustande gekommen ist. Um so mehr begrüßen wir, dass bei den jetzigen Ansätzen einer Dienstrechtsreform eine fachliche Erörterung auch mit den Vertretungen der Betroffenen geführt wird.

Zeitgerechtes und leistungsorientiertes Beamtenrecht schaffen

Die jetzt angelaufene Dienstrechtsreform steht unter der öffentlichkeitswirksamen Verheißung, ein flexibles, zeitgerechtes, leistungsorientiertes Beamtenrecht zu schaffen. Wenn wir einmal die Optimierung des Leistungsgedankens als den zentralen Treibsatz der gesamten Reform begreifen wollen, dann könnte man vordergründig daran denken, all die Hemmnisse aus dem Weg zu räumen, die einer individuellen Leistungsentfaltung im Wege stehen. Da fallen einem natürlich sofort die Schranken der Laufbahngruppen, vielfältige Wartezeiten, der geordnete Zugang über Bildungsabschlüsse, die Sprungbeförderung und der Quereinstieg ein. Doch das wäre zu kurz gegriffen. Denn die Optimierung des Leistungsgrundsatzes kann nicht darin bestehen, den Wunderkindern den ungebremsten Weg an die

Spitze zu eröffnen. Zur Leistung gehören auch Vorbildung und Ausbildung, weil sie das Niveau der Leistung bestimmen. Auch muss es in erster Linie eine Leistungsmotivation für den „Normalbeamten“ geben. Ihm sind verbesserte Karrierechancen anzubieten. Es ist im weiteren Sinne auch mit Sicherheit nicht leistungsfördernd, wenn einem jederzeit ein Externer vor die Nase gesetzt werden kann. Last but not least hat das Laufbahnrecht die Funktion, für einheitliche Verhältnisse zu sorgen und zwar für alle Laufbahnen und auch für alle von ihm erfassten Dienstherrn, hier also im wesentlichen Staat und Kommunen. Diese Ordnungsfunktion will der Beamtenbund dem Laufbahnrecht nicht nehmen, ganz zu schweigen von seiner Aufgabe, einen objektiven Leistungsstandard zu gewährleisten.

Nach dieser Einführung wird es nicht überraschen, dass die grundsätzlichen Positionen verhältnismäßig moderat sind. Dabei sind die Verbände durchaus für Neuerungen offen, so sie uns denn überzeugen können.

Positionen

Zu Beginn des Erörterungsprozesses hat der Bayerische Beamtenbund und unter dem Vorbehalt, dass in Einzelfragen die Diskussion noch nicht abgeschlossen ist, folgende Punkte eingebracht:

Anzahl der Laufbahngruppen

Wie Prof. Dr. Peter Huber bei dem Symposium am 7. Dezember ausgeführt hat, spricht manches dafür, die überkommene Differenzierung zwischen einfachem, mittlerem, gehobenem und höherem Dienst, zu überprüfen und auf zwei Laufbahngruppen mit und ohne Hochschulabschluss zu beschränken.

Nach dem derzeitigen Diskussionsstand innerhalb des VLB und BBB sollte jedoch grundsätzlich an der derzeitigen Regelung der Laufbahngruppen festgehalten werden. Wir treten allerdings mit Nachdruck für eine größere Durchlässigkeit der Laufbahngruppengrenzen ein. Dazu werden vom BBB zwei Wege vorgeschlagen:

Erweiterung bestehender Aufstiegsregelungen. Erforderlich sind jedenfalls zusätzliche Qualifikationen. Diese können auch über Berufserfahrung gewonnen werden.

Ausbau der einzelnen Laufbahnen durch zusätzliche Spitzenämter im Sinne einer Überlappung der Laufbahngruppen, die bereits durch die Verzahnung vor Jahren eingeleitet worden ist. Damit würde ein weiteres Instrument zur Steigerung der Leistungsmotivation geschaffen werden. Es wäre dies ein wirkungsvoller Beitrag zur Ausschöpfung des Leistungsreservoirs, weil nicht alle leistungsstarken Beamtinnen und Beamten bereit sein werden, sich neben hoher dienstlicher Beanspruchung Aufstiegsregularien zu stellen.

Landespersonalaussschuss beibehalten, aber reorganisieren

Der BBB tritt entschieden für eine Beibehaltung des Landespersonalaussschusses ein. Auf dieses Instrument kann schon aus Gründen einer gleichmäßigen Rechtsanwendung für Staats- und Kommunalbeamte nicht verzichtet werden. Es werden diesem Gremium auch noch weitere wichtige Funktionen zufallen, wenn es darum geht, den Quereinstieg zu lockern und den Laufbahnwechsel zu erleichtern. Das besagt nicht, dass der LPA nicht von der einen oder anderen Aufgabe entbunden werden könnte. Das gehört auch zum Thema „Deregulierung“. In diesem Zusammenhang sollte auch die Zusammensetzung dieses Gremiums überprüft werden. Der BBB sieht sich gegenwärtig als größte Dachorganisation der Staats- und Kommunalbeamten deutlich unterrepräsentiert.

Stellenausschreibung

Bei einer Neuordnung des Laufbahnrechts sollte die Stellenausschreibung durchgängig zum Prinzip erhoben werden. Gegenwärtig bildet die Stellenausschreibung eher die Ausnahme von der Regel, weil sie „im besonderen dienstlichen Interesse liegen“ muss. Sie ist ein Instrument der Bestenauslese. Wer eine verstärkte Leistungsorientierung will, darf darauf nicht verzichten.

Mindestwartezeiten

Die im Laufbahnrecht vorgesehenen Mindestwartezeiten sind auf ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Im Sinne einer Deregulierung treten wir für eine deutliche Reduzierung ein. In dem einen oder anderen Fall lässt sich auch ein Verzicht vertreten.

Quereinstieg

Laufbahnwechsel und Quereinstieg sind Instrumente, die vorrangig im Interesse des Dienstherrn liegen. Der BBB beschränkte sich deshalb in seiner Darstellung darauf, Gesprächsbereitschaft anzukündigen. Einer Erleichterung des Quereinstiegs muss umgekehrt auch eine Erleichterung des Ausstiegs unter Mitnahme voller Versorgungsanswartschaften gegenüber stehen. Nur dann wird der gewünschte Austausch zwischen Verwaltung einerseits und Wirtschaft andererseits in ausreichendem Maße gefördert werden. Neben diesen Schwerpunkten haben wir sehr konkrete Vorstellungen zu mannigfachen Einzelfragen. Dazu gehört die Rechtsnatur des Laufbahnrechts (Gesetz oder Verordnung), die Anrechnung von förderlichen Vordienstzeiten, Beförderung während der Probezeit, Lebenszeitverbeamtung schon vor dem 27. Lebensjahr, um nur einige zu nennen.

Eingangsgämter

Von grundsätzlicher Art hingegen ist eine Überprüfung des Laufbahnzugangs. Der Beamtenbund hält daran fest, dass Bildungs- und Vorbildungsabschlüsse die Wertigkeit des Zugangs vermitteln. Das jetzige System ist jedoch nicht mehr zeitgemäß, weil es maßgebende Entwicklungen im Bildungsbereich (Fachhochschulen, Bologna-Prozess) außer Acht lässt.

Zur Zusammenfassung von Laufbahnen enthält sich der Beamtenbund zunächst einer Äußerung, weil das ggf. Aufgabe der Fachgewerkschaften und -verbände als unmittelbar Betroffene ist.

Ihre Meinung interessiert uns! Nehmen Sie die Gelegenheit wahr und bringen Sie sich in den Diskussionsprozess ein! (wlambl@vr-web.de)

VG Ansbach beschließt erneut höhere Freistellung für Personalräte

KMS vom 19.02.2007 ermöglicht eine Abweichung von den Richtlinienvorgaben nach ergänzender Prüfung durch Schulleitung

Die 7. Kammer des Verwaltungsgerichtes Ansbach hat am 16.05.2007 den Beschlussantrag der Personalvertretung der FOS/BOS Schweinfurt auf Freistellung von 5 Wochenstunden abgelehnt und eine Freistellung von 4 Wochenstunden verfügt. An der Schule (ein Standort) sind 61 Lehrkräfte und 3 Verwaltungskräfte beschäftigt.

In der mündlichen Verhandlung hat das Gericht erneut festgestellt, dass die Freistellungsregelung von Personalräten an Schulen in einem erheblichen Missverhältnis zu den Freistellungsregelungen anderer Ressortbereiche steht.

Die Kammer stellte wiederum fest, dass die Arbeitsversäumnis (Art. 46 Abs. 2) bei Personalvertretungen an beruflichen Schulen nicht greift und u.a. durch das Direkteinstellungs- und Versetzungsverfahren sowie das Verfahren der Funktionsbeantragung eine Freistellung nach Art. 46 Abs. 3 über die im KMS vom 24.03.1981 vorgeschlagenen Richtwerte erforderlich ist.

Es bleibt abzuwarten, ob gegen den Beschluss des VG Ansbach vom 16.05.2007 Beschwerde beim VGH eingelegt wird. Das Ministerium hat den Schulleitungen mit Schreiben vom 19.02.2007 die Verpflichtung auferlegt, über den – falls erforderlich – höheren Freistellungsantrag der örtlichen Personalvertretung nach Einzelfallprüfung zu entscheiden.

Damit sind die Personalvertretungen verpflichtet, den Freistellungsumfang über einen repräsentativen Zeitraum zu ermitteln (über den Umfang ist der Personalrat begründungs- und darlegungspflichtig) und ggf. eine Freistellungsbeschluss nach Art. 46 Abs. 3 BayPVG zu fassen. Dann ist der Freistellungsantrag schriftlich bei der Schulleitung einzureichen, welche über den Antrag als Dienststellenleitung letztlich entscheidet. Wolfgang Lambl

VLB-Fachtagung für Seminarvorstände, Seminarlehrer und Schulleiter

Neue Herausforderungen für die zweite Phase der Lehrerausbildung

HANS PREISL

Referendare halten mehr eigenverantwortlichen Unterricht, die zweite Phase der Lehrerausbildung wird modularisiert, die Berufsschulen schaffen

Ministerialdirigent Dr. Müller, die Einladung angenommen hatte. Aus seinem Mund wollten die Lehrerbildungsexperten erfahren, welche Veränderungen er in der Seminarbildung plant. Heiko Pohlmann sprach



Konzentriert wurden die Neuerungen in der zweiten Phase der Lehrerausbildung zunächst zur Kenntnis genommen, um anschließend intensiv darüber zu diskutieren.

den Einstieg in die individuelle Förderung: Das sind die Kernergebnisse einer Fachtagung, zu der der VLB Seminarvorstände, Seminarlehrer und Schulleiter eingeladen hatte. Und sie kamen an einem Samstag in die Ingolstädter Leo-von-Klenze-Schule in einer Anzahl, die selbst dem Leiter der Abteilung VII im KM Respekt benötigte: „In einem so großen Saal voller Lehrer ist das Engagement glaubwürdig dargelegt,“ anerkannte Dr. Müller.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch die stellvertretende Schulleiterin Gisela Sommer führte der VLB-Referent für Lehrerbildung Heiko Pohlmann in die Fachtagungsthematik ein. Besonders freute er sich, dass der Leiter der Abteilung Berufliche Schulen im Kultusministerium,

dem Abteilungsleiter Dank aus für ein bisher noch nie da gewesenes Novum: Das Ministerium verdeutlicht seine Position Schulleitern und Seminarlehrern, bevor das KMS an die Schulen kommt. Den Dank verband Pohlmann

Die Protagonisten der Fachtagung:
Dr. Peter Müller und
Heiko Pohlmann.



mit dem Wunsch, dass die Argumente und Fragen der anwesenden Kolleginnen und Kollegen in die Ministeriumsposition aufgenommen werden. An die Veröffentlichung des KMS knüpfen sich ja hohe Erwartungen: „Alle an der Seminarbildung Beteiligten sollen unsere Referendare effektiv, qualitativ gut und engagiert zu kompetenten Lehrern ausbilden“, umriss Pohlmann seine anspruchsvolle Zielvorstellung. Dank galt auch Ministerialrat Georg Hirner, der wegen seiner Zuständigkeit im Ministerium ein wichtiger Ansprechpartner für alle Fragen der Lehrerbildung ist. Die Bedeutung der Veranstaltung unterstrich auch die Anwesenheit des gesamten Geschäftsführenden Vorstands des VLB unter der Leitung des Landesvorsitzenden Hans Käfler.

Heiko Pohlmann begründete die Notwendigkeit von Reformen mit einem ehrgeizigen Ziel der Europäischen Kommission: Europa soll bis zum Jahre 2010 zum erfolgreichsten und größten Wirtschafts- und Bildungsraum der Welt werden. Zu diesem Zweck sollen sowohl Studiengänge als auch die Berufsausbildung modularisiert werden. Über die Einführung und Durchführung entscheide gerade der Innovationsausschuss „Berufliche Bildung“ im Bundesbildungsministerium. Für die Fachtagung formulierte er eine hohe Erwartung: „Sie werden Markierungssteine kennen lernen, die die Lehrerbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen in Bayern in der Zukunft nachhaltig organisatorisch und inhaltlich mit Blick auf diese europäische Richtung ver-

ändern und hoffentlich qualitativ verbessern werden.“

Engagement für eine zukunftsfähige Lehrerbildung

Diesen herausragenden Stellenwert der Lehrerbildung formuliert auch das Ministerium in seinen Verlautbarungen. Den Akteuren der Lehrerbildung schreibt es eine hohe Verantwortung zu: „Sie bereiten motivierte Lehrkräfte nach ihrem Hochschulabschluss auf die Anforderungen des Schulalltags vor, so dass sie kompetent unterrichten, engagiert an der Verbesserung von Bildung und Erziehung mitwirken.“ Die Ausbildung der Lehrkräfte geschieht traditioneller Weise in zwei Phasen: Einem Studium in den verschiedenen Fachrichtungen schließt sich ein zweijähriger Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen an. Danach sollen die Absolventen in der Lage sein die „Erkenntnisse der für die jeweilige Fachrichtung und das Fach einschlägigen Wissenschaften didaktisch umzusetzen und den Schülern in verständlicher Form unter Berücksichtigung der beruflichen Praxis zu vermitteln.“ (KM)

Lehrerbildung an der Schwelle zu gravierenden Reformen

Diese Lehrerbildung sieht Dr. Müller in einer Umbruchphase. Als Ergebnis EU-weiter Reformen werde das Lehramtsstudium eine neue Ausrichtung bekommen. Der „Bologna-Prozesses“ will die Studienabschlüsse in Qualität und Struktur vergleichbar machen. Man hat sich deshalb darauf verständigt, die bereits international gängigen und anerkannten Abschlüsse Bachelor und Master zum Standard zu machen.

Auch die Technische Universität will die Lehrerbildung auf dieses Bachelor- und Mastersystem umstellen. Dabei wird ein Verzicht auf die erste Staatsprüfung angestrebt. Auf der Fachtagung ist sich selbst der Ministeriumsvertreter sicher, dass es ein „normierendes Staatsexamen in Zukunft nicht mehr geben“ wird.

Als zweite Neuerung kündigte Dr. Müller an, dass sich an Lehramtsstu-



Lebhafte Debatte um einen schwierigen Spagat: Lässt sich die Ausweitung des eigenverantwortlichen Unterrichts vereinbaren mit der hohen Qualität der Lehrerbildung?

diengängen für das berufsbildende Schulwesen künftig auch Fachhochschulen in kooperativen Modellen beteiligen können sollen. Solche kooperative Studiengänge bieten sich dort an, wo sich die Lehrkapazitäten unterschiedlicher Hochschulen standort- und bedarfsbezogen ergänzen. Deshalb soll in einem Modellversuch an den Standorten Ingolstadt und Eichstätt die Kooperation von Universität und Fachhochschule erprobt werden. Hier galt es natürlich standespolitische Gefahr auszuräumen, eine stärkere Beteiligung von Fachhochschulen an der Lehrerbildung könne zu Statusverlusten der Lehrkräf-

te führen. Im Eichstädter/Ingolstädter Kooperationsmodell von Universität und Fachhochschule ist die Zulassung der Absolventen zum höheren Dienst durch ein System der Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen verbindlich geregelt.

Behutsame Modularisierung soll Heterogenität Rechnung tragen

Diese Veränderungen haben natürlich auch Konsequenzen für die zweite Phase der Lehrerbildung an den Seminaren. Für Dr. Müller zeigt die Tendenz der letzten Jahre, dass die jungen Hochschulabsolventen mit sehr unterschiedlichen Kenntnissen in den



Die Ausweitung des eigenverantwortlichen Unterrichts stellt die Schulen vor erhebliche organisatorische Herausforderungen

Vorbereitungsdienst einsteigen. Diese Heterogenität werde noch weiter zunehmen und die Bandbreite der mitgebrachten Kompetenzen zunehmen. Kernstück des neuen Bachelor-/Mastersystems wird nämlich eine Modularisierung sein, die Studieneinheiten an individuell erforderlichen Qualifikationen ausrichtet. Diese Entwicklung muss natürlich auch Auswirkungen auf die Lehrerbildung haben. Das aktuelle Standardprogramm der Seminare gehe bisher auf die veränderten Rahmenbedingungen nicht ein. Eine behutsame Modularisierung soll der gestiegenen Heterogenität Rechnung tragen. Aus diesem Grund sei angedacht „gewisse Dinge aus dem Modellversuch AQUA“ zu übernehmen. Der Vorteil der Modularisierung besteht in der Tatsache, dass beim Design der Module individueller auf die zu erwerbenden Kompetenzen der Lehramtsbewerber fokussiert wird. Die zweite Phase der Lehrerbildung in einem modularisierten Aufbau wird aus mehreren Bausteinen, von denen einige verpflichtend und andere Teil des Wahlbereiches sind, bestehen. Referendarinnen und Referendare werden künftig im Hauptseminar zehn Pflichtmodule zu absolvieren haben. Hinzu sind aus einem Pool von fünfzehn Wahlpflichtmodulen jeweils im ersten und zweiten Jahr des Referendariats auszuwählen. Das bedeutet,

dass ein Pool von ca. 30 Wahlpflichtmodulen bereitgestellt werden muss.

Dabei sei es nicht nötig den bisherigen zeitlichen Rahmen der Seminarbildung umzukrempeln. Lediglich die Verteilung der Zeitfenster müsse anders erfolgen. Die formale Abwicklung dieser Modularisierung in der Ausbildung wird über die bereits etablierte technische Plattform FIBS (Fortbildung in bayerischen Schulen) erfolgen. Die Referendare sollen zum einen nach Neigungen wählen können, auf der anderen Seite sollen Seminarlehrer auch individuell Module je nach Notwendigkeit empfehlen können. Für die Wahlpflichtmodule seien keine Fachbeiträge vorgesehen, die inhaltliche Dinge nachholen, vielmehr sollten die Module konkret auf das Schulleben vorbereiten. Noch nicht eindeutig geklärt ist, wie die Deutschmodule gestaltet werden sollen. Dr. Müller hält es nämlich nicht für richtig, dass Studenten, die Deutsch als Zweifach gewählt haben, die gleiche Ausbildung durchlaufen wie Referendare ohne einschlägige Vorbildung. Zu fragen sei auch, ob wirklich jeder Kollege die Fakultas Deutsch brauche.

Wer wird Module anbieten?

Dr. Müller geht davon aus, dass der größte Anteil der Wahlpflichtmodule aus dem Kreis der Lehrerschaft ange-

boten werden wird. Hier solle das breite Angebot an unterschiedlichsten Fähigkeiten genutzt werden. Natürlich müssten Modul anbietende Kollegen zeitlich entlastet werden. Dr. Müller kann sich vorstellen, dass Lehrkräfte, die fünf Modultage gestalten, eine Anrechnungsstunde erhalten. Nur in Ausnahmefällen will der Abteilungsleiter Module an externe Experten outsourcen. Gerade am Anfang werde für diesen Zweck nur ein kleines Budget zur Verfügung stehen. Nicht nur aus fiskalischen Gründen will Dr. Müller den Eindruck vermeiden, Lehrerbildung gehöre nicht zum Kerngeschäft seines pädagogischen Personals.

Eigenverantwortlicher Unterricht der Referendare

Mit großer Spannung wurde von den Teilnehmern erwartet, mit welchen Vorstellungen Dr. Müller in Bezug auf den Unterrichtseinsatz der Referendare kommen würde. Dieser Unterrichtseinsatz ist ja prinzipiell in der ZALB (Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an beruflichen Schulen) geregelt. Daran wolle er nichts ändern, hält es aber für angebracht den Rahmen stärker auszuschöpfen, vor allem wenn es die Ausbildung verbessert. Im ersten Halbjahr wird sich demnach für die Referendare auch in Zukunft nichts ändern. Die Junglehrer würden inten-

siv an den Seminarschulen begleitet und nur „schmal belastet“. Im zweiten Referendarjahr gilt schulartübergreifend eine Obergrenze von 16 Stunden. Dieser „Sprung von 1 auf 16“ ist für Dr. Müller nicht von Pappe. Deshalb will er den Übergang harmonischer gestalten. Diese „Harmonie“ will er dadurch herstellen, dass er die Referendare schon im zweiten Halbjahr des ersten Jahres mit vier bis sechs Stunden eigenverantwortlich einsetzt. Weil er aber die besonderen Rahmenbedingungen an den Berufsschulen kennt, stellte er selbst die Frage, wie sein Vorhaben umzusetzen ist. Er sicherte zu dass

- keine organisatorischen Verrückungen notwendig sein werden und
- Stammler nicht krampfhaft freigeschaufelt werden müssen.

So könnten Referendare dort eingesetzt werden, wo „es organisch geht“, z.B. bei Erkrankungen von Lehrkräften. Müller will den Einsatz der Referendare auch als Einfallstor nutzen, um das längst überfällige Instrument der individuellen Förderung an beruflichen Schulen einzusetzen.

Ein Raunen im Publikum erntete der Abteilungsleiter für seinen Vorschlag, Referendare in JoA-Klassen einzusetzen. Er quittierte es mit: „Ich traue denen schon was zu.“

Einstieg in die individuelle Förderung

Kernpunkt von Müllers Vorhaben bleibt es aber ein Element der individuellen Förderung zu installieren. Damit auch Nicht-Seminarschulen davon profitieren können, schwebt ihm eine Art Clusterbildung vor. Überall dort, wo es organisatorisch machbar ist, will er Viererbündel bilden. Einer Seminarschule sollen drei Nicht-Seminarschulen zugeordnet werden. Seine Absicht, die Vermehrung des eigenständigen Unterrichts in maßvoller und organischer Weise zu versuchen, begründet Müller auch mit fiskalischen Argumenten. Er brauche gar nicht mit dem Wunsch nach einer Stellenmehrung anzutanzeln, wenn er sich den Luxus leiste das institutionell

vorgesehene Maß an Referendarsdeputaten nicht auszuschöpfen.

Eine äußerst lebendige, manchmal hart, aber immer fair geführte Diskussion schloss sich Müllers Ausführungen an. So warnte die Referendarsvertreterin im VLB davor, Junglehrer in JoA-Klassen zu verheizen. „Wir können nicht in Problemsituationen als Kriseninterventionsteam auftreten“, monierte sie. Das größte Problem sahen die Diskussionsteilnehmer in der Organisierbarkeit des eigenverantwortlichen Unterrichts. Die besonderen Rahmenbedingungen von Berufsschulen machen den Einsatz besonders schwierig. Hier bestehen Ängste, dass das zu Lasten der Qualität geht. „Seit Jahren verbessern wir mit aufwendigen Schulentwicklungsprozessen unsere Unterrichtsqualität, das wird jetzt alles kaputt gemacht“, befürchtet ein Schulleiter.

Georg Hirner versuchte Bedenken dadurch zu zerstreuen, dass er darum bat, das zu veröffentlichende KMS kreativ zu lesen. Es werde die Schulen wenig gängeln, ihnen dafür viel Spielraum vor Ort lassen. Er stellte auch klar, dass der eigenverantwortliche Unterricht der Referendare nicht angerechnet wird auf das Unterrichtsbudget der Schule. „Das ist ein Zusatzangebot“, versicherte er.

Dr. Müller stellte noch einmal den Vorzug heraus, der sich durch die Möglichkeit, individuell zu fördern ergibt: „Das ist ein zusätzliches Plus für die Berufsschulen.“ Skeptiker wird er dabei wohl nur dann beruhigen können, wenn es ihm gelingt dieses Instrument auch wirklich seriös zu etablieren. Es wäre fatal, wenn der Eindruck entstünde pädagogische Feigenblätter wollten eine weitere Rotstiftaktion verdecken.

Den Unterrichtsausfall nicht länger verstecken

Hans Käfler nimmt dem Abteilungsleiter die den Seminarlehrern entgegengebrachte Wertschätzung ab, weist aber auf deren außerordentliche Belastungssituation hin. Die Anrechnungsstunden decken bestenfalls den Aufwand für die wöchentlichen Seminarsitzungen. Deshalb forderte Käf-

ler eindringlich, die einkassierten Anrechnungsstunden endlich wieder zurückzugeben. Das Modulkonzept bedürfe einer gründlichen Klärung. Vor allem gelte es zu berücksichtigen, dass die Anwesenheit der Referendare an den Seminarschulen nicht noch stärker ausgeweitet werde. Käfler stellt klar, dass die Erhöhung des eigenverantwortlichen Unterrichts natürlich auch einen Kostenaspekt hat. Referendare dienen sehr wohl der Deckung des Lehrbedarfs, auch wenn eine flexible Handhabung den Einstieg in die individuelle Förderung erlaube.

Die Lehrerversorgung ist dem Verbandsvorsitzenden ein besonderes Ärgernis, weil das pädagogische Ethos die Lehrkräfte dazu treibt, strukturellen Unterrichtsausfall zu verstecken. Mit Auflösung von Teilungen und übergroßen Klassen werde eine fast vierprozentige Unterdeckung so maskiert, dass niemand davon Notiz nimmt. Deshalb fragt Käfler besorgt: „Ist die Einbuße an Qualität ein Gegengewicht zum quantitativen Ausfall, der die Alternative wäre?“ Er rief dazu auf den Mangel nicht länger zu verbergen. „Wenn die Qualität stimmt, muss Unterricht ausfallen.“ Dies sei die einzige Strategie um die Öffentlichkeit zu mobilisieren.

Käfler appellierte zum Schluss an die Teilnehmer für die Sache weiter mit Fingerspitzengefühl, aber gutem Selbstbewusstsein zu arbeiten. Als Plattform bot er den VLB an. „Wir sind für Sie da, lassen Sie uns für Sie da sein!“

Ergebnisse der Arbeitskreise bei der FOS/BOS-Fachtagung:

Herausforderung Berufliche Oberschule

DR. FRIEDRICH HEYDER

Im Mai-Heft der VLB-Akzente haben wir ausführlich über die Plenumsveranstaltungen der Fachtagung berichtet. In dieser Ausgabe dokumentieren wir die Ergebnisse der Arbeitskreise

Arbeitskreis „Seminaristisches Arbeiten“

Im Arbeitskreis 2 wurden wesentliche Gesichtspunkte rund um das Thema Seminar vorgestellt und diskutiert. Dorothea Weidinger, Ministerialbeauftragte für Ostbayern, hat sich die Berufung von zwei Seminarbetreuern je Schule als Organisatoren für das Seminar, bewährt. Auch Besprechungen der Seminarbetreuer im MB-Bezirk sind hilfreich, insbesondere im Hinblick auf die Gleichbehandlung bei den Bewertungen und den Anforderungen an die Seminaristen. Eine im Dienstbezirk Ostbayern durchgeführte Befragung der Seminarteilnehmer ergab, dass sämtliche Phasen des Seminars meist mit gut (Noten zwischen 1,88 und 2,78) beurteilt wurden, so berichtete MB Beraterin Haringer. Lediglich die Unterweisung in der Zitiertechnik wurde häufiger nur mit ausreichend bewertet. Den Zeitaufwand bezifferten die Seminaristen mit durchschnittlich 58 Zeitstunden. Der Präsentation am Ende der Seminarphase würde eine große Bedeutung zugemessen, so Peter Pfannenstern von der BOS Scheyern. Eine DVD mit exemplarischen Abschlusspräsentationen der BOS-Scheyern ist bei der MB Dienststelle Ostbayern erhältlich.

Seminaristen, die sich bei der Themenvergabe benachteiligt fühlen, lassen sich während des gesamten Seminars oft nicht mehr ausreichend motivieren. Deshalb wird an der BOS Scheyern ein von Schülern entwickeltes mehrstufiges Verfahren eingesetzt, das eine möglichst gerechte Zu-

ordnung der Schüler entsprechend ihrer Wünsche zu angebotenen Rahmenthemen ermöglicht. Jedes Rahmenthema wird von 2 Lehrern betreut, die für bis zu 12 Seminaristen zuständig sind. Die Schüler erhalten die Gelegenheit innerhalb der Rahmenthemen eigene Themenstellungen zu entwickeln.

Wichtige Tipps aus der Praxis hinsichtlich Motivation, Organisation und Qualität der Seminararbeit gab Ursula Scholz. Sie hob hervor, dass die Motivation, mit der Lehrer und vor allem Schüler in die Seminarphase gehen für das Gelingen besondere Bedeutung hat. Dies kann durch das Schaffen einer Seminaridentität erreicht werden, z.B. durch gemeinschaftsprägende Veranstaltungen auch außerhalb der Schule (Exkursionen, Rhetorikseminar, Abschlussgrillfest, etc.) oder durch Schaffen eines gesunden Elitebewusstseins. Bedeutsam sind auch frühzeitige Informationen und klare Aussagen über Erwartungen sowie die Wahlfreiheit der Schüler beim Thema. Die Organisation muss jederzeit transparent sein. Das bedeutet, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten eindeutig klar sind, dass ein Ansprechpartner (Seminarleiter) für Lehrer und Schüler vorhanden ist, dass präzise Termine, feste Standorte (z.B. für Lehrer- und Schülerinformationen), übersichtliche und verlässliche Veranstaltungspläne und klare Regelungen von Anfang festgeschrieben sind. Die Qualität der Seminararbeit hängt nach Frau Scholz davon ab, ob das Veranstaltungsangebot den Bedürfnissen der Seminaristen angepasst ist, die Seminarlehrer voll hinter dem Seminar stehen, eine klare, prägnante Themenformulierung mit aktuellem oder lokalem Bezug vorhanden ist. Transparente Beurteilungskriterien, schriftlich fixierte Erwartungen und ein Qualitätsma-

nagement sind ebenfalls von Bedeutung.

Aus dem Arbeitskreis heraus wurden Forderungen gestellt, die weiter verfolgt werden sollen.

1. Für das Seminar soll ein eigenes 2-stündiges Fach in der 13. Klasse eingerichtet werden. Begründet wird dies vor allem mit der Bedeutung der Seminarnote im Zeugnis der 13. Klasse, die das gleiche Gewicht hat wie die Note eines Abschlussfaches und deshalb durch ein eigenes Fach hinterlegt werden sollte. Bestehende Nachteile für Quereinsteiger können dadurch stark abgemildert werden. Gleichzeitig ist es möglich neue Elemente wie Hilfestellungen bei der Studienwahl oder gezielte Vorbereitung auf ein Studium sowie die Bewerbung und das Bewerbungsgespräch in den Lehrplan aufzunehmen. Zudem ist es möglich die Einführung in wissenschaftliche Arbeitsmethoden verstärkt zu unterrichten. Die Organisation eines Seminarfaches muss im Detail noch geklärt werden.
2. Zudem wurde gefordert eine Handreichung zum Seminar zu erstellen, in der die Schulen „Best-practice-Beispiele“ zur Organisation und Durchführung des Seminars darstellen können. Die Lehrkräfte erwarten Unterstützung bei der Korrektur und Bewertung der Seminararbeit und der Seminarphase. Damit könnte auch ein Beitrag zur Gleichbehandlung aller Seminaristen in allen Schulen geleistet werden.

Arbeitskreis: „Oberstufengemäßes Lernen lernen“

Erzähle mir und ich vergesse. Zeige mir und ich erinnere mich. Lass mich tun und ich verstehe! (Konfuzius; chinesischer Philosoph 551 – 479 v. Chr.). In Anwendung dieser alten chinesischen Weisheit veranstaltet die FOS/BOS Schönbrunn seit fünf Jahren einen Projekttag mit dem Titel „Lernen lernen“ als Starthilfe, um den neuen Schülerinnen und Schülern den Übergang von der Arbeitswelt in die Welt schulischen Lernens zu erleichtern.



Günter Liebl informiert über die flächendeckende Einführung der FOS 13 und Neuerungen der FOBOSO.

In diesem Arbeitskreis wurden die bisherigen Erfahrungen mit Inhalten, Organisation und Weiterentwicklung der einzelnen Stationen des Lernzirkels vorgestellt:

- „Lernexperimente“ zum Herausfinden des individuellen Lerntyps,
- „Lesetechniken“: Grundsätze schneller Informationsaufnahme,
- „Mindmapping“ als Methode der Visualisierung,
- „Mnemotechniken“ zur Steigerung der Aufnahmekapazität des Gehirns,
- „Zeitmanagement“: optimale Zeiteinteilung, Umgang mit „Zeiträubern“,
- „Aufholjagd Mathematik, Biologie“ Nutzung zusätzlicher Lernmittel, wie z. B. virtuelle Berufsoberschule im Internet (www.vibos.de) oder Angebote im Intranet der Schule,
- „Powerstation“ – der Ort gesunder Ernährung,
- „Entspannungstechniken“ helfen bei der Stressbewältigung.

Das Anliegen, die positiven Erfahrungen mit dem Lernzirkel weiterzugeben und andere Schulen zur Übernahme zu animieren, wurde erreicht. Beantwortet wurden viele Fragen der Besucher. Die CD mit angebotenen Materialien fand regen Zuspruch.

Arbeitskreis: „Evaluation an Beruflichen Schulen“

Marianne Grimm, BOS Miesbach, beschrieb zunächst den Evaluationsprozess am BBZ im Verlauf der letzten Jahre. Es wurden unterschiedliche

Evaluationsinstrumente ausprobiert und angewandt wie TQM oder „Bilanz ziehen“ (ISB).

Rita Hof stellte im Anschluss daran das Schweizer Modell Q2E vor. Mit seinen sechs Komponenten: Qualitätsleitbild, Individualfeedback, Selbstevaluation und Qualitätsentwicklung, Steuerung der Q-Prozesse, externe Evaluation und schließlich Zertifizierung bildet es einen Orientierungsrahmen für ein individuelles, schulspezifisches Qualitätsmanagement jeder Schule.

Anschließend verglich sie es mit der bayerischen Variante QmbS, die eine Adaption von Q2E darstellt und zunächst an 18 beruflichen Schulen im Rahmen von Profil 21 erprobt wird. Eine flächendeckende Einführung für alle beruflichen Schulen ist ab September 2009 geplant.

Die anschließende Diskussion warf die Frage auf, wie man mit dem vielfältigen und manchmal sehr persönlichen Ergebnismaterial aus der Fragebogenerhebung umgehen soll. Des Weiteren wurde über den Sinn und Zweck von Evaluation an sich diskutiert.

Arbeitskreis „FOS 13 und weitere Neuerungen einschließlich FOBOSO“

In diesem Arbeitskreis stand Ministerialrat Liebl bereitwillig Rede und Antwort. Er stellte die 18 neuen Standorte des Schulversuchs FOS 13 als weiteren Schritt zu einem flächendeckenden Angebot dar. Das derzeitige Potenzial an FOS 13-Schülern bezifferte er auf ca. 1500 bis 2000. Eine

Notenhürde zum Aufstieg von Jahrgangsstufe 12 nach 13 soll, gestützt auf zwei Begründungen, beibehalten werden. Die FOS 13 steht gemäß Landtagsbeschluss nur besonders qualifizierten Bewerbern offen. Außerdem ist die Vergleichbarkeit mit der Berufsoberschule nur dadurch herzustellen, dass an Stelle einer Berufsausbildung eine andere besondere Qualifikation treten muss, die den gleichen Abschluss rechtfertigt. Ob nach Abschluss des Schulversuchs ein anderer Grenzwert als 2,5 festgelegt wird, bleibt weiteren Überlegungen vorbehalten.

Angesprochen wurde auch die derzeitige BAföG-Problematik. Welche Auswirkungen die Gesetzesnovelle auf die Berufsoberschüler in Bayern mit sich bringen wird, ist derzeit offen. Allerdings hat der massive Einsatz des VLB für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung auf die politischen Entscheidungsträger seine Wirkung nicht verfehlt.

Die Überarbeitung der FOBOSO wird erst im kommenden Jahr erfolgen. Sie wird Anpassungen an die neu strukturierte Gymnasial-Schulordnung mit sich bringen und auch die FOS 13 mit einbeziehen. Die begriffliche Ablösung der Fachoberschule und Berufsoberschule durch die Berufliche Oberschule wird auch eine Änderung des BayEUG erfordern.

Weitere Diskussionsgegenstände stellte der bilinguale Unterricht dar, dessen Ausweitung wünschenswert sei, ferner die Sorge, dass in zunehmendem Maße auch andere Bildungseinrichtungen Betriebspraktika nachfragen. Einhellig abgelehnt werden Bestrebungen, schulfremd das Fachabitur zu verleihen.

Auf Grund der Anmeldungen für das Schuljahr 2007/08 ist mit einer Steigerungsrate der Schülerzahlen von ca. 6 % zu rechnen. Bedauert wurde der geringe Zulauf zur Ausbildungsrichtung Technik trotz der Mangelsituation im Ingenieurbereich. <

Projektarbeit in Mittelfranken oder:

„Fit For Life“

MARIA MEDERER

Jugendliche ohne Ausbildungsplätze bedeuten für unsere Gesellschaft allgemein und für die Berufsschulen im Besonderen eine Herausforderung für die Lehrkräfte, die in diesen Klassen unterrichten. An manchen Tagen, in manchen Stunden gelingt die Arbeit hervorragend, zu anderen Zeiten gelingt die Arbeit überhaupt nicht. Wären es Klassen mit 10 – 15 Schülern, könnte man davon ausgehen, es könnte gelingen. Die tatsächliche Situation zeigt Klassen an mit 20 – 25 Schülern, die keine Ausbildungsstelle erhalten. Dies kann bedeuten, es handelt sich beispielsweise um Schüler, die

- Migranten sind / waren,
- nach der 8.Klasse die Hauptschule verließen,
- die Hauptschule abgeschlossen haben,
- die M 10 Klasse abgeschlossen haben.

Die Vielfalt der Zusammensetzung ist meist deutlich größer. Zu bedenken dabei ist auch, dass ein Teil dieser jungen Personen Kontakt zu und mit der Polizei hatten oder haben. Diese Jugendlichen zeigen nicht wie erwünscht soziale Kompetenzen, beispielsweise sollen Jugendliche

- Versuchungen zurückweisen,
- Komplimente machen,
- Gespräche beginnen, aufrechterhalten, beenden,
- Nein sagen können ohne lautstark oder aggressiv zu sein,
- um einen Gefallen bitten sowie
- Gefühle offen zeigen ohne andere dabei zu belästigen.

Jugendliche ohne Ausbildungsplätze hingegen zeigen Scheinkompetenzen, die sie im Laufe der Zeit angenommen haben:

- sie verhalten sich aggressiv,
- sie verhalten sich delinquent,
- im gegenseitigen Umgang zeigen sie soziale Unsicherheit,

- manche Schüler sind Alkohol- und Medikamenten abhängig,
- manche Schüler nehmen oder handeln mit Drogen,
- das persönliche Engagement liegt in der Subkultur,
- manche zeigen eine klare Verweigerungshaltung.

Die Ausgangsüberlegung für die Umsetzung des Projektes lag in der Frage, welche Möglichkeit gibt es, für die Lehrkräfte eine deutliche Form der inhaltlichen Unterstützung anbieten zu können. Eine fachliche Betrachtung dieser Situation ergab in den Fachbüchern einheitlich als Vorgehensweise bei diesen Schülern mit einer deutlichen Zahlenbegrenzung zu arbeiten. Die Durchschnittszahl ergab dabei 7 Schüler je „Klasse“.

Beginn des Projektes

Der Ausgangspunkt lag in der Teilung einer Jungarbeiterklasse, deren Schüler erstmalig an der Berufsschule waren. Der betreffende Lehrer konnte mit der halben Klasse sein Thema bearbeiten, die zweite Hälfte unterrichtete ich als Staatliche Schulpsychologin für das berufliche Schulwesen in Mittelfranken. Als inhaltliche Grundlage setzte ich das pädagogische Training von Prof. Petermann (u. a.) ein:

„Fit for Life“, Module und Arbeitsblätter zum Training sozialer Kompetenz für Jugendliche.

Ziel des Trainingsprogrammes war es, die berufliche und gesellschaftliche Integration von Jugendlichen durch die Vermittlung sozialer Kompetenz sowie beruflicher Schlüsselqualifikationen zu erreichen. Zeitgleich erlebten die Lehrkräfte bei der Teilung einer Klasse eine überschaubare Arbeitssituation. Dadurch konnte verstärktes individuelles Arbeiten ermöglicht werden und die Lehrkräfte konnten den Anforderungen deutlich besser entsprechen.

Weiterführung des Projektes im 1. Schuljahr 2005/2006

Als die sinnvolle Umsetzung des Trainingsprogrammes erkennbar wurde, entwickelten wir an der Berufsschule gemeinsam einen Flyer, der an die Evangelische Fachhochschule weitergeleitet wurde. Der Einsatz der Studentinnen und des Studenten wurde durch das Engagement von Prof. Weigel erreicht. Sie unterstützte dieses Projekt nachdrücklich und warb bei den Studenten für die Schulsozialarbeit. Überraschend gelang es Prof. Weigel drei Studentinnen und einen Studenten für diese Ausbildung zu gewinnen. Damit konnte die Entlastungsfunktion auch im zweiten Halbjahr erreicht werden. Die erste Unterrichtsstunde ergab sich für die Studenten als Beobachtungsmöglichkeit, damit sie sich ein Bild von ihren künftigen Schülern machen konnten.

Hinsichtlich der zu haltenden Unterrichtsstunden arbeiteten wir einmal in der Woche die anstehenden Stunden durch, die anschließend am darauf folgenden Tag gehalten wurden. Die evangelische Fachhochschule erwartete von jedem Studenten separat eine Betrachtung der jeweiligen Stunden in schriftlicher Form mit einer Besprechung. Anmerkungen des aktuellen Erlebens über den Verlauf schrieben die Studenten einmal in der Woche in von mir eingesetzte Bögen. Ich zitiere aus den Bögen nach der ersten Stunde:

„Es war nicht so schlimm wie erwartet. Innerhalb der Klasse treten mehrere Gruppen auf; manche Schüler wirken vorlaut. Die Schuld für die Arbeitslosigkeit sehen sie nur bei den anderen ...“

Es ist durch die Doppelbesetzung gut gelungen, das Interesse und die Konzentrationsfähigkeit der Schüler zu halten.

An Hand eines Beispiels zeige ich Ihnen eine für Jungarbeiter spezifische Situation auf, die positiv bewältigt werden konnte:

Wir hatten einen Schüler, der offensichtlich an einem Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom litt. Dieser Sachverhalt war deshalb für uns neu, weil es keine Testergebnisse gab bzw. kein

Arzt eine Überprüfung vorgenommen hatte. Sichtbar wurde dies in einer Unterrichtsstunde: es gelang nicht diesen Schüler sinnvoll zu bändigen. Immer wieder nahm er Papier oder Stifte, warf sie durch die Gegend, bewarf Schüler, störte sprachlich. Kurz. Diese zwei Stunden gestalteten sich als zwei sehr mühsame Stunden. Für die neue Vorbereitung durchdachten die Studentinnen die Situation folgendermaßen: ist der Schüler wieder anwesend und zeigt er dieselben Verhaltensweisen, so nimmt eine Studentin den Schüler und geht (aus Raumnot) mit dem Schüler zur Arbeit in den Gang. Sie übernimmt alleine mit dem Schüler denselben Lernvorgang wie ihn die im Raum verbliebenen Schüler arbeiten.

Tatsächlich kam dieser Schüler. Es dauerte 20 Minuten und er begann wieder mit den Störungen. Eine Studentin sagte nur den Satz: „Tobias, wir verlassen gemeinsam den Raum“ Der Schüler stand auf und verließ mit ihr den Raum. Fünf Minuten vor Unterrichtsschluss kamen sie wieder ins Klassenzimmer. Tobias sollte erzählen, wie es ihm ergangen sei:

„Also, ich hab gedacht, sie schreit mich an und sagt, dass ich einen Verweis kriege und schickt mich dann nach Hause. Tatsächlich hat sie gar nichts gesagt, sondern mit mir gearbeitet.“

„Und wir waren froh, dass Du draußen warst, weil wir auch alle arbeiten konnten“, antworteten sofort die übrigen Schüler der Klasse.

Das erste Halbjahr in der gemeinsamen Arbeit mit dem/n Studenten/innen wurde mit einem gemeinsamen Frühstück am Schuljahresende beschlossen. Eingeladen wurden alle Lehrkräfte sowie der Schulleiter zum gemeinsamen Abschluss.

Gemeinsam wurde das Halbjahr reflektiert und Änderungsmöglichkeiten besprochen. Mit der gewonnenen Erfahrung war es den Studenten ein weiteres Halbjahr im Schuljahr 2006/07 möglich, eine Klassenteilung zu ermöglichen.

Gesamtbetrachtung des Projektes

Beim Einsatz der Studenten ist zu bedenken, dass studieninterne Verläu-



Erste Schritte beim Fit for Life-Programm – Gruppendiskussionen.

fe eine wichtige Rolle spielen. So beginnt das Semester erst am 1. Oktober. Mit dem Praktikumsbeginn konnten wir aufgrund des Interesses der Studenten schon im September beginnen, was jedoch nicht selbstverständlich ist. Während eines Schuljahres hat die Schule eine hervorragende Unterstützung, nicht aber flüssig über das gesamte Jahr.

Und doch ist eine zeitweilige Teilung günstiger als keine Teilung zu erleben.

Jugendliche ohne Ausbildungsstelle sind motivierbar und sie sind bereit in unserer Gesellschaft konstruktiv mitzuarbeiten; wichtig dabei ist das Erlernen der dafür erforderlichen Kompetenzen.

Gelingt die berufliche Integration nicht, ist davon auszugehen dass auch weitere Entwicklungsaufgaben nicht erfolgreich gemeistert werden!

In diesem Sinne wünsche ich allen betroffenen Schulen ein gutes Gelingen und viel Erfolg. <

Terminvormerkung

Fachtagung des kaufmännisch-verwaltenden Bereichs

Treffpunkt der Lehrkräfte an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern

Die Fachtagung findet am Samstag, 20. Oktober 2007, von 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr in Ingolstadt statt.

Alternative im Umgang mit dem Rauchverbot: Nichtrauchen ist cool!

DR. GERHARD KELLNER

Rauchen ist geil, Rauchen wirkt erwachsen, Nikotin stimuliert, Rauchen macht schlank und sexy, Erkenntnisse und Slogans die von Schülerseite immer als Pro-Argumente vorgebracht werden. Man soll sich aber nicht täuschen, den Schülern sind durchaus die negativen Seiten des Rauchens, wie Bronchitis, Lungenkrebs, Raucherbein, Suchtpotential, etc. bekannt. An mangelndem Wissen kann es also nicht liegen, dass immer mehr Schüler zum Glimmstängel greifen.

Seit Anfang des Schuljahres 2006/07 gibt es jetzt ein Rauchverbot an Schulen – endlich, möchte man sagen. Aber: die Umsetzung bringt gerade an beruflichen Schulen mit der älteren Schülerklientel Schwierigkeiten mit sich. Schülergruppen verlegen ihre größeren Pausen auf die Gehsteige öffentlicher Straßen und gefährden sich und den anliegenden Verkehr. Öffentliche Plätze dienen als „Grobaschenbecher“ und ähnlich dem physikalischen Prinzip: actio bedingt reactio drängen die Schüler die Lehrer in die Rolle des „Polizisten“, indem sie anstatt das Verbot brav zu befolgen an den unmöglichsten Orten gegen dasselbe verstoßen. In der Konsequenz werden Strafen von verschärften Verweisen bis zu Geldstrafen diskutiert und die Lehrer beginnen sich in ihrer Rolle als Aufpasser immer weniger zu gefallen und kritisieren immer mehr das Verbot an sich.

Die Schule als Exekutive wird also mit dem Verbot ziemlich allein gelassen. Bei allen Kritikpunkten darf man aber den Erziehungsauftrag der Schulen nicht vergessen und muss aus dieser Situation positive Auswege suchen und finden.

Die Verantwortlichen der Europa-Berufsschule Weiden wollen einen Weg neben einer Nur-Verbots-Schiene begehen, indem sie, einer Anregung des Vertrauenslehrers Karl Alt folgend, den Schülern die Möglichkeit bieten, sich in den Entscheidungsprozess aktiv



mit einbinden zu lassen. Der Lösungsvorschlag heißt: „Selbstverpflichtung mit Anreiz“.

So beschäftigen sich die Schüler in den ersten Schultagen des Schuljahres fächerübergreifend mit der Thematik Nichtrauchen, holen sich externe Beratung ein und stimmen dann innerhalb der Klasse ab, für ein Schuljahr am jeweiligen Schultag bzw. in den Blöcken „rauchfrei“ zu sein. Als Belohnung lockt ein Geldbetrag von heuer 150.- Euro pro teilnehmender Klasse in die Klassenkasse. Die Auszahlung des „Preisgeldes“ hängt von der Disziplin und gegenseitiger Kontrolle ab.

Dieses Kombinationsmodell aus intrinsischer und extrinsischer Motivation ist eine Antwort auf die Erkenntnisse der internationalen CAS-Studie (Control of Adolescent Smoking) von 1998, einer Umfrage zum Thema Rauchen auch an deutschen Schulen. Darin kann man lesen, dass deutsche Jugendliche bis 15 Jahre überwiegend in oder im Umfeld der Schule rauchten, so beobachteten zwei Drittel der Befragten täglich Mitschüler beim Rauchen und ein Viertel der Studienteilnehmer Lehrer beim Tabakkonsum. Durch diese „Vorbildwirkung“ betrachteten die Schüler Rauchen als ein „normales“ Verhalten und der Schule als Institution fällt – gewollt oder ungewollt – eine bedeutende Rolle in der Entwicklung des Suchtverhaltens zu.

Ziel des Weidener Projekts ist es, „Nichtrauchen“ als normales Verhalten zu etablieren. Aktuell sind vier Klassen

an der Aktion beteiligt. „Nur“ wird der kritische Leser sagen, vor allem, wenn er die Schulgröße der Europa-Berufsschule von annähernd 3500 Schülern kennt. „Immerhin“ kann man sagen, wenn man bedenkt, dass die Aktion am Anfang steht und ausschließlich alle Schüler der Klasse zustimmen mussten und dass jeder gewonnene Nichtraucher ein Erfolg ist.

Im Wissen, dass es annähernd als utopisch angesehen werden kann, alle Klassen zu gewinnen, geht die Absicht gepaart mit Hoffnung dahin, dass die aktuell teilnehmenden Klassen, wie Impfkristalle das Durchkristallisieren einer gesättigten Lösung bewirken, als Vorbild und Multiplikator fungieren.

Aber! sagt der Zweifler und sieht die Schule im Prämien-Bankrott, wenn sich möglichst viele Klassen an der Nichtraucher-Aktion beteiligen. Auch dieses Problem ist gelöst, bestätigt Schulleiter Josef Weilhammer und zählt auf Antrieb einige Firmennamen auf, wo sich duale Partner bereit erklärt haben, dieses Projekt großzügig zu unterstützen bis hin zu eigenen Anreizen (z.B. zusätzliche Urlaubstage, Geschenkgutscheine, etc.). Denn gerade die Betriebe hätten ein besonderes Interesse an gesundheitsbewussten, fitten Mitarbeitern, die nicht im Halbstunden-Rhythmus zwecks Nikotin-Spiegel-Anpassung den Arbeitsprozess unterbrechen müssen.

Zur Durchsetzung einer „Rauchfreien Schule“ kann man nicht auf kurzfristige Erfolge setzen und es genügt nicht, einfach ein Verbot zu erlassen, denn erfahrungsgemäß bewirken diese häufig in Form von Widerstandsreaktionen eher Disziplinarprobleme. Eine gemeinsame Willensbildung führt dagegen zur gemeinschaftlichen Verantwortung für die Einhaltung und Durchsetzung der aufgestellten Regeln, zudem zeugt es von demokratischer Kultur. Indem die Meinungen aller gehört und respektiert werden und in den Prozess einfließen, ist eine erfolgreiche Motivation bzw. Veränderungsbereitschaft zum Erreichen der Zielvorstellung gegeben und wie man am Beispiel der beteiligten Klassen kurz vor Ende des Schuljahres sehen kann, erfolgsversprechend. <

„Qmbs“ – Qualitätsmanagement für berufliche Schulen in Bayern

Schulentwicklung braucht professionelles Instrumentarium

DR. HORST GÜTLER / ARNULF ZÖLLER

Das Projekt QmBS wird bis in das Jahr 2009 hinein im Rahmen von Profil 21 erprobt und weiterentwickelt. Ab 2009 soll das Qualitätsmanagementsystem QmBS allen beruflichen Schulen angeboten werden. Die Projektverantwortlichen möchten diesen Entwicklungs- und Implementationsprozess für alle transparent und mitverfolgbar gestalten. Wir werden deshalb in regelmäßiger Folge über QmBS berichten. Dieser erste Beitrag stellt das Projekt „QmBS“ als Ganzes kurz vor. In Folgebeiträgen werden dann Teilbereiche und soweit möglich auch erste Erfahrungen skizziert werden.

Neue Gestaltungsfreiräume und größere Qualitätsverantwortung für berufliche Schulen

Neue Berufe und weiterentwickelte Technologien, insbesondere aber auch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Erwartungen haben für die pädagogische, die personalrelevante und die organisationale Arbeit beruflicher Schulen neue Anforderungen und Herausforderungen mit sich gebracht. Diese zunehmend komplexen Aufgaben können von den Schulen effektiver erfüllt werden, wenn sie stärker als bisher auf größere Gestaltungsfreiräume und ein höheres Maß an eigenverantwortlicher Steuerung zurückgreifen können. Dazu müssen Schulen in die Lage versetzt werden, sich selbst weiterzuentwickeln. Beide Aspekte werden durch den neuen Schulversuch „Profil 21“ (Projekt Berufliche Schulen in Eigenverantwortung) erweitert und erprobt. Die Ausdehnung der Gestaltungsfreiräume verlangt aber auch eine höhere Qualitätsverantwortung und eine kontinuierliche Qualitätsarbeit der Schulen. Wesentlich ist dabei, dass die gestellten Qualitätsansprüche nach-

weisbar erfüllt werden. Diese Qualitätsarbeit an Schulen ist also zu bedeutsam, um sie als temporäre oder modernistische Aktivität zu verstehen und zu betreiben.

Wie die Praxis zeigt, kann ein ganzheitliches Qualitätsmanagement an Schulen deren Arbeit wesentlich unterstützen. Das Qualitätsmanagement an Schulen beinhaltet dabei systematisch eingesetzte Verfahren, mit denen alle relevanten Qualitätsbereiche schulischer Arbeit kontinuierlich erfasst, verbessert und gesichert werden können. Diese Qualitätsarbeit setzt ein hohes Maß an Datenunterstützung, Dokumentationsarbeit, Kommunikation und Nachhaltigkeit voraus, und sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie zum Anliegen aller Beteiligten wird.

Alle bisherigen Qualitätsprojekte zeigen aber auch, dass Begriffe wie Kontinuität, Systematik, Transparenz, Nachhaltigkeit, Machbarkeit und Ressourcenverantwortung eine erfolgsrelevante Rolle spielen

Entwicklung eines Qualitätsmanagementsystems für berufliche Schulen

Vor diesem Hintergrund hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus dem ISB den Auftrag erteilt, ein „Qualitätsmanagementsystem für berufliche Schulen zu entwickeln“. Dabei sollen Erfahrungen anderer Länder und Bundesländer genutzt werden. So soll sich das System an dem pädagogischen Qualitätsentwicklungskonzept „Qualität durch

Evaluation und Entwicklung“ (Q2E) orientieren, das in der Schweiz entwickelt wurde. Weiterhin wird eine enge Anbindung zum beruflichen Modellvorhaben „Operativ Eigenständige Schule“ (OES) in Baden-Württemberg angestrebt, das sich mit vergleichbaren Fragestellungen auseinandersetzt. Zwischenzeitlich arbeiten auch noch andere Bundesländer wie Hessen, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit Q2E. Auch dorthin werden durch die Projektgruppe Kontakte aufgebaut bzw. gehalten, um vorhandene Erfahrungen zu nutzen.



Die Berücksichtigung bereits bestehender Ansätze und Erfahrungen verstehen wir bereits als einen ersten Schritt verantwortlicher Qualitätsarbeit. Dies gilt erst recht für Erfahrungen, Ergebnisse und Instrumente, die in Bayern bereits vorliegen. Beispielsweise werden die Konzepte der externen und internen Evaluation sowie die dort definierten Qualitätsbereiche zugrunde gelegt, die konkret beschrieben sind und sich in der praktischen Evaluationsarbeit bewährt haben.

In einem ersten Schritt wurde diese Konzeptentwicklung in enger Abstimmung zwischen dem Projektteam am ISB und den Auftraggebern durch-

geführt. Das Produkt liegt vor und kann von interessierten Kolleginnen und Kollegen über die Internetseiten des Staatsinstituts abgerufen werden (www.isb.bayern.de Grundsatzabteilung/ Projekte/Qmbs). In einem ersten zweitägigen Workshop in Schloss Hirschberg wurden die vorliegenden Papiere den Profilschulen vorgestellt und mit diesen diskutiert. Auch wurden bereits erste Schritte in Richtung Umsetzung gegangen.

Ziele und Funktionen von „Qmbs“

Das Qualitätsmanagementsystem „Qmbs“ geht von der These aus, dass ein kontinuierlich, systematisch und transparent gestaltetes Qualitätsmanagement

- das pädagogische und organisationale Profil einer Schule stärkt,
- den Erfolg und die Nachhaltigkeit der (Unterrichts-)Arbeit von Kollegium und Schulleitung optimiert,
- mittelfristig Freiräume für eine schul- und unterrichtsbezogene Weiterentwicklung von Schule und Arbeitsumgebung schafft und damit
- die Zufriedenheit von Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern erhöht.

Letztlich sind dies auch die Erfolgskriterien, an denen sich die anspruchsvolle und aufwändige Qualitätsarbeit beruflicher Schulen und damit auch das Projekt selbst messen lassen müssen.

Damit zielt „Qmbs“ im Wesentlichen darauf ab, den Schulen ein für sie handhabbares Instrument an die Hand zu geben, mit dem sie die eigenen Stärken und Schwächen identifizieren und transparent machen sowie, vor dem Hintergrund eines selbst vereinbarten Qualitätsverständnisses, bearbeiten können. „Qmbs“ unterstützt damit die Evaluation und die Qualitätsentwicklung an Schulen. Beide Funktionen sind untrennbar miteinander verbunden. Denn erst die Kenntnis von Stärken und Schwächen der schulischen Arbeit ermöglicht es, Maßnahmen für eine angemessene

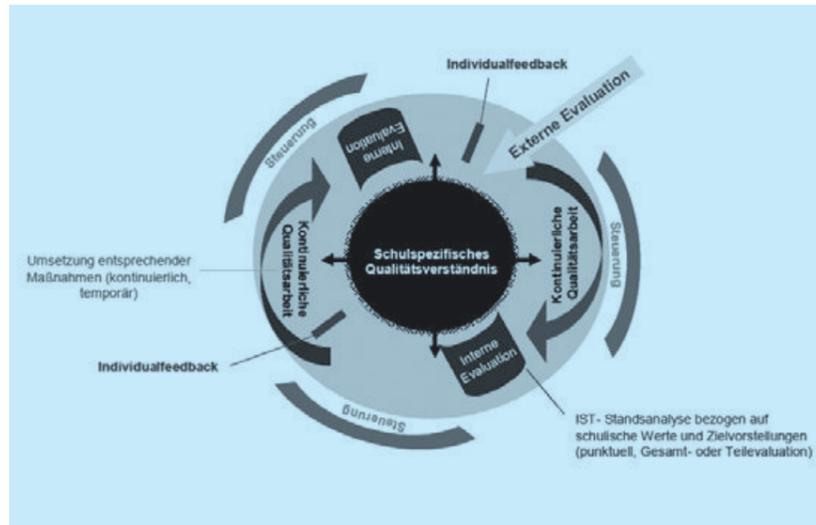


Abbildung 1: Zusammenspiel der Bausteine Qmbs.

und kontinuierliche Qualitätsentwicklung zu ergreifen.

Bausteine von „Qmbs“

„Qmbs“ besteht aus verschiedenen Bausteinen. Zentrales Element ist ein von den Betroffenen selbst zu erarbeitendes „schulspezifisches Qualitätsverständnis“, das für alle folgenden Maßnahmen handlungsleitend ist. Dieses Qualitätsverständnis reflektiert bildungsstrategische Rahmenbedingungen ebenso wie schulspezifische Profilierungsziele und bringt das schulinterne Qualitätsbewusstsein zum Ausdruck.

Das „Individualfeedback“ und die „interne Evaluation“ sind zwei weitere Bausteine von „Qmbs“. Beide beziehen sich auf das schulspezifische Qualitätsverständnis. Über das Individualfeedback, das beispielsweise bei Schülerinnen und Schülern, aber auch bei Kolleginnen und Kollegen eingeholt werden kann, erhalten die Lehrkräfte persönliche Hinweise auf ihre Arbeit. Die interne Evaluation betrachtet indessen die Schule als Ganzes und ermittelt, wo Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die schulische Arbeit insgesamt zu verbessern.

Diese schwierigen, sensiblen und insbesondere auch arbeitsaufwändigen Bereiche müssen professionell vorbereitet, gesteuert und nachberei-

tet werden. Damit ist der vierte Baustein von „Qmbs“, die „Steuerung des Qualitätsprozesses“ angesprochen.

Die genannten vier Bausteine von „Qmbs“ liegen konzeptionell aufbereitet vor und wurden im oben angesprochenen Workshop mit den Schulen diskutiert. Folgeworkshops, Materialien (z. B. ein Qualitätshandbuch) und die Unterstützung durch das ISB und das KM werden diesen Erprobungsprozess weiter begleiten.

„Qmbs“ wird vervollständigt durch die in Bayern etablierte „externe Evaluation“, mit deren Qualitätsbereichen das vorgestellte System „Qmbs“ kompatibel ist. Inwieweit in Zukunft eine freiwillige „Zertifizierung“ dieses Qualitätsprozesses durch eine akkreditierte Stelle realisiert werden kann, wird der Prozessverlauf zeigen.

„Qmbs“ als Ganzes mehr als die Summe der Teile

„Qmbs“ fügt die Einzelaspekte eines Qualitätsmanagementprozesses in ein schlüssiges Ganzes ein und beschreibt ein abgerundetes Gesamtsystem (vgl. Abb. 1). Besonders hervorzuheben ist, dass die erprobten bayerischen Instrumente der externen Evaluation auf die schulintern gestalteten Teilprozesse: Interne Evaluation, Individualfeedback und Steuerung des Qualitätsprozesses weitgehend anwendbar sind. Externe Evaluation könnte

sich so zu einer Metaevaluation weiterentwickeln, die der Überprüfung der Qualität schulischer Selbstevaluation dient. Dies wäre ein Vorgehen, wie es von vielen Ländern, die auf eine längere schulische Qualitätsarbeit zurückblicken können, gehandhabt wird.

„Qmbs“ und der Schulversuch „Profil 21“ der beruflichen Schulen

Die Entwicklung und Erprobung von „Qmbs“ ist eng mit dem aktuellen bayerischen Schulversuch „Profil 21“ verknüpft. Die Schulen dieses Modellversuchs haben sich verpflichtet, ihre Innovationsmaßnahmen in ein Qualitätsmanagementsystem einzubetten bzw. die Einführung eines solchen Systems als Innovationsmaßnahme umzusetzen. Die Projektgruppe „Qmbs“, die an der Grundsatzabteilung des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung angesiedelt ist, hat das Grundkonzept „Qmbs“ im März 2007 den beteiligten Schulen präsentiert. Für den weiteren Weg wird die Erfahrung der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen mit Blick auf Praxis-tauglichkeit und Handhabbarkeit der jeweiligen Teilschritte von großer Bedeutung sein und im Sinne einer Prozess- und Systemoptimierung zurückfließen.

Ein wichtiges Ziel ist es, möglichst viele berufliche Schulen zu einer kontinuierlichen internen Qualitätsarbeit auf der Grundlage dieses Systems zu motivieren. <

Professionelle Datensicherung



Die Mobile

Ideal für unterwegs

Trekstor Data Station Pocket x.u 120GB. Diese externe Festplatte mit 120GB ist die ideale Lösung für das tägliche Backup und den Transport oder Austausch von wichtigen Daten. Ein hochwertiges Aluminiumgehäuse und das geringe Gewicht machen die Festplatte zum idealen Begleiter. # 888 956

78,30 inkl. MWSt



Die Intuitive

Für Ihre Datensicherung

Western Digital WD Element 320GB USB 2.0. Schnell, einfach und zuverlässig. Erweitern Sie Ihren PC oder Macintosh im Handumdrehen. Bereits vorformatiert wird Sie einfach an einen USB-Port angeschlossen und schon können Sie den freien Speicherplatz nutzen. # 147 910

98,29 inkl. MWSt



Die Große

Für große Datenmengen

TEAC HD-35 PUKB 500 500GB. Einfach auspacken, einstecken und los geht's – schon steht PC-Benutzern ein schneller externer Speicher mit 500GB zur Verfügung. Die ideale Lösung für digitale Images, MP3 und Daten Files. Mit USB Schnittstelle. # 131 131

128,35 inkl. MWSt

Alle Preisangaben Stand 30.05.2007

TECHNIKdirekt.de
business

Telefon: 09 31-9 70 84 56
www.technikdirekt-business.de

Landesverband

Aktuelles aus dem GV

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt natürlich Mitglieder, die fordern „Der Verband muss endlich mit der Faust auf den Tisch hauen“, oder die das Gefühl haben, „Der Verband geht zu brav mit dem Kultusministerium um“. Jeder von Ihnen kennt solche Meinungsäußerungen, oder hat sie vielleicht selbst schon gelegentlich benutzt. Wir nehmen diese Äußerungen sehr ernst, weil die Gründe dafür zu suchen sind in den vielfältigen und drastischen Verschlechterungen unserer Arbeitsbedingungen. Die Reaktionen sind menschlich verständlich und absolut nachvollziehbar. Ist es demnach nicht sinnvoll, dass der Verband diese Forderungen aufgreift und sich entsprechend verhält? Nein, es ist nicht sinnvoll, weil uns diese Strategie nicht weiterbringen würde. Wir haben eben nicht die Palette der Arbeitskämpfmaßnahmen zur Verfügung wie z.B. eine IG Metall. Wenn dem so ist, dann müssen wir uns auch darauf einstellen.

Wir müssen argumentieren, überzeugen, werben und mit dem Florett für unsere Interessen kämpfen. Das ist unspektakulär und mühselig, aber die einzig erfolgversprechende Form. Entscheidungsträger/innen in Politik und Verwaltung immer wieder und nachdrücklich zu sensibilisieren für unsere Anliegen, Intentionen und Probleme, das kontinuierliche „Bohren dicker Bretter“ bringt Erfolge, oder – was in der momentanen Situation nicht unterschätzt werden darf – verhindert weitere Grausamkeiten. In diesem Sinne hat der Geschäftsführende Vorstand mit Ministerialdirigent Dr. Peter Müller, Leiter der Abteilung VII, Berufliche Schulen im Kultusministerium ein sehr offenes und konstruktives Gespräch geführt. Es wurden von beiden Seiten ausführlich die jeweiligen Positionen dargelegt, mögliche Gemeinsamkeiten ausgelotet, aber auch gegensätzliche Standpunkte for-

muliert. Wie gesagt: So etwas ist nicht aufsehenerregend, aber der einzig erfolgversprechende Weg.

„Nach der Fachtagung ist vor der Fachtagung“. Der GV hat sich in der letzten Sitzung intensiv mit den Konzeptionen der beiden letzten Fachtagungen (FOS/BOS; Seminausbildung) auseinandergesetzt. Die kaufmännische Fachtagung (am 20. Oktober 2007) befindet sich bereits in der inhaltlichen Planungsphase. Wir sind dankbar für Hinweise, Anregungen, Vorschläge, Kritik. Mischen Sie sich ein, gestalten Sie aktiv mit. Mail oder Anruf bei der Geschäftsstelle genügt!

Ein besonders brisantes, aktuelles und heißes Thema sind zurzeit die schriftlichen Berufsabschlussprüfungen. Die Argumentation läuft – etwas salopp ausgedrückt – kreuz und quer. Zuständige Stellen, Betriebe, Gewerkschaften, Bundes- und Landesministerien und natürlich auch wir diskutieren intensiv und meist kontrovers die unterschiedlichsten Modelle. Organisatorische, inhaltliche, tarifpolitische, machtpolitische und auch

Bezirks- und Kreisverbände

BV Mittelfranken

Informationsaustausch der mittelfränkischen Personalräte

Personalratsarbeit ist nicht immer einfach und häufig sind es für die örtlichen Personalräte an den Schulen Probleme, die nicht täglich auftreten. Um diese Stellung als Einzelkämpfer an der Dienststelle zu vermeiden, treffen sich die Personalräte in Mittelfranken etwa zwei- bis dreimal je Schuljahr am späten Nachmittag zu einem informellen Erfahrungsaustausch. Dabei übernimmt der VLB-Mittelfranken – nachdem die Teilnehmer keine

ganz pragmatische Überlegungen finden dabei ihren Niederschlag und führen zum Teil zu vollkommen gegensätzlichen Vorschlägen. Unsere Grundrichtung ist klar: Wir streben an, die unbestreitbaren Kompetenzen der beruflichen Schulen stärker als bisher in den Prüfungsprozess einzubringen. Rechtliche Grundlage dafür ist § 39 Absatz 2 Berufsbildungsgesetz. Das Instrument der „gutachterlichen Stellungnahme“ bietet den juristischen Rahmen. Wenn man den bereits weitgediehenen Prozess des Qualitätsmanagements an den bayerischen beruflichen Schulen damit in einen Kontext bringt, eröffnen sich interessante Optionen. Der Geschäftsführende Vorstand hat mit der Unterstützung von Kollegen folgendes Szenario entwickelt und stellt es zur Diskussion: Zertifizierte Berufsschulen übernehmen den schriftlichen Teil der Berufsabschlussprüfung!

In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB

Ihr



Fahrtkosten abrechnen können – jeweils die Verpflegungskosten.

Die beiden Bezirkspersonalräte, Hannelore Gareis und Horst Lochner haben diesmal an die Berufsschule Roth eingeladen, wo der Personalratsvorsitzende Ernst Müller die Besprechung ausgezeichnet vorbereitet hat. Nachdem der neue Schulleiter in Roth, Michael Greiner, in seiner Begrüßung einen kurzen Überblick über die Berufsschule gegeben hat, konnten die teilnehmenden Kollegen anschließend in einer zwanglosen und vertraulichen Atmosphäre ihre Fragen und Probleme darlegen und erfahren, wie ähnliche Fälle an anderen Schulen gelöst werden.



Tauschten sich intensiv aus – die mittelfränkischen Personalräte.

Schwerpunkte dieser Sitzung waren die Auswirkungen der Beurteilungen, Änderungen im Dienstrecht und bei der Beihilfe, die Lehrerarbeitszeit und der neue Tarifvertrag für die Angestellten. Es gab doch einige Bereiche, wo auf Grund der gemeinsamen Überlegungen ein Lösungsansatz aufgezeigt wurde.

Horst Lochner

BV Mittelfranken

Vorstandssitzung in Rothenburg

Mehrmals im Schuljahr besucht der mittelfränkische BV-Vorstand bei seinen regelmäßigen Sitzungen eine der etwas über dreißig beruflichen Schulen in Mittelfranken. Die letzte Sitzung fand am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Rothenburg statt.

Der Schulleiter des BSZ, Dr. Friedhard Nichterlein und die Kontaktkollegin vor Ort, Maria Käsweber, empfingen uns und stellten uns die Schule vor. Das BSZ Rothenburg hat noch

eine Außenstelle in Dinkelsbühl und eine kleine Außenstelle in Bechhofen mit dem Bundessprengel für Pinselmacher. Außerdem gehört noch die Wirtschaftsschule in Dinkelsbühl zu diesem Zentrum. Für den Bezirksvorstand war es erfreulich zu hören, dass der Landkreis Ansbach als Sachaufwandsträger hinter seinen beruflichen Schulen steht und auch bei leeren Kassen das mittel- und langfristige Konzept zur Modernisierung weiterhin umsetzt. Im Rundgang durch die Schule am Ende der Veranstaltung konnten wir uns von den Erfolgen dieser Investition überzeugen.

Die Beratungen der Sitzung hatten den neuen Tarifvertrag für Angestellte und das damit einhergehende Problem der Leistungsstufen-Einteilung sowie die angedachten Veränderungen beim Einsatz der Referendare zum Thema.

Geht man davon aus, dass der Tarifvertrag für Angestellte auch Auswirkungen auf die zukünftige Besoldung der beamteten Lehrkräfte hat, so bedeutet dies, dass der Schulleiter sein Kollegium etwa jährlich in die ent-



Schulleiter Dr. Friedhard Nichterlein (vierter von links) freute sich, dass der Bezirksvorstand nach Rothenburg zur BV-Sitzung gekommen ist.

sprechenden Leistungsstufen für die Entlohnung einteilen muss. Die Unterschiede zwischen den Leistungsstufen bei der Entlohnung betragen doch einige hundert Euro. Schon deshalb ist hier viel Sorgfalt und Transparenz gefordert. Es wurde der Wunsch geäußert, dass hier der VLB bei der Erarbeitung von Hilfen mitwirkt.

In welchem Umfang und in welcher Form Referendare im ersten Ausbildungsjahr in Zukunft eigenständigen Unterricht erteilen müssen, entscheidet sich in den nächsten Wochen. Alle Anwesenden halten aber einen mehrstündigen eigenverantwortlichen Einsatz nur im zweiten Halbjahr für organisatorisch kaum durchführbar. Wir müssen darauf achten, dass das positive Entgegenkommen den Referendaren gegenüber nicht durch gravierende organisatorische Erschwernisse zerstört wird. Die Referendare sind nicht schuld an diesen neuen Regelungen und haben nach wie vor unsere Unterstützung verdient. Lesen Sie dazu auch: Seite 14 ff.

Natürlich war auch das BAFÖG für die BOS-Schüler ein weiterer Diskussionspunkt. Ausführlich berichtete darüber VLB-akzente im vergangenen Heft.

Horst Lochner

Kreisverbände Oberbayern Nordwest und Südwest

Frühjahrestreffen der Kontaktlehrer

Die beiden Kreisvorsitzenden Karl-Heinz Seitzinger (Südwest) und Horst Grünwald (Nordwest) hatten die Kontaktlehrer Mitte April zum Frühjahrestreffen in die Staatliche Wirtschaftsschule München-Pasing eingeladen.

Auf der Tagesordnung standen routinemäßig die Informationen aus dem Haupt- und Bezirkspersonalrat, Situationsberichte aus den einzelnen beruflichen Schulen sowie Berichte von der Lehrerbildung und Lehrerausbildung.

Daneben ist es den Kreisvorsitzenden gelungen, Dr. Marko Hunger vom Kultusministerium (Projektleiter Pro-



Auf dem Bild von links: Rudi Keil (Bezirksvorsitzender BV Oberbayern), Karl-Heinz Seitzinger (Vorsitzender Kreisverband Obb.-Südwest), Dr. Marko Hunger (KM, Projektleiter Profil 21) und Horst Grünwald (Vorsitzender Kreisverband Obb.-Nordwest).

fil 21) zu einem Referat über den Stifungspakt Bayern und speziell über „Profil 21“ zu engagieren.

Referent Dr. Hunger stellte den Bildungspakt kurz vor und referierte dann über „Profil 21“ als dem Teil der bisher geförderten 165 Projekte, die für den Bereich der beruflichen Schulen derzeit aktuell ist..

Im Anschluss an das Referat wurde eine rege Diskussion über die sinnvolle Umsetzung der „neuen Freiheiten“ für die beruflichen Schulen geführt.

Horst Grünwald

BV München

Burnout – Modeerscheinung oder ernste Gesundheitsbedrohung?

Mitte April fand die Mitgliederversammlung des Bezirksverbandes im Kerschensteiner Berufsschulzentrum

in der Liebherrstraße statt, dessen Aula für die rund 60 anwesenden Mitglieder einen durchaus würdevollen Rahmen bot. Nach dem kurzem Rechenschaftsbericht und Ausblick auf die Verbandsarbeit durch den BV-Vorsitzenden stand die Ehrung langjähriger Mitglieder auf der Tagesordnung. Sie erhielten ein Präsent und eine VLB-Urkunde für 30- und sogar 40-jährige Mitgliedschaft persönlich überreicht.

Viele der Pensionisten trafen alte Bekannte nach längerer Zeit wieder einmal und schwelgten in alten Zeiten. Anschließend wurde ein gemeinsames Erinnerungsfoto mit allen anwesenden Jubilaren und dem BV-Vorsitzenden gemacht. Begeistert waren alle anwesenden Ex-Kolleginnen und -Kollegen von der wunderschönen Aula. Bei einer deftigen bayerischen Brotzeit stärkten sich dann alle Mitglieder und Gäste für den zweiten Teil der Veranstaltung.



Sie freuten sich über ihre Ehrung für langjährige Verbandszugehörigkeit – wie Bezirksvorsitzender Erich Baumann feststellen konnte.

Erich Baumann

Der BV-Vorsitzende konnte dazu die ortsansässige Burnout-Expertin Dr. med. Dagmar Ruhwandl, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und Lehrbeauftragte der TU München für einen Vortrag gewinnen. In einer einstündigen Power-Point-Präsentation mit vielen Beispielen aus der Praxis zeigte Dr. Ruhwandl eindrucksvoll, wie wichtig gerade das Thema Lehrergesundheit zu nehmen ist. Themenbereiche wie „Burnout – was ist das?“, „Ursachen und Warnsignale von Burnout“ und „So schützen Sie sich vor dem Ausbrennen!“ wurden erläutert und beschrieben.

Das Burnout Syndrom ist weiter verbreitet als vermutet, und gerade besonders engagierte Kollegen/Innen sind davon öfter betroffen. Sogenannte „Risiko-Arbeitsstile“ und „Gesündere Arbeitsstile“ wurden ausführlich und anhand von Beispielen erklärt und Dr. Ruhwandl erläuterte, woran ein gesundes Arbeitsklima erkannt wird bzw. wie es geschaffen werden kann. Auch Lösungsvorschläge für den Schutz vor dem Ausbrennen wurden angeboten. Jeder muss individuell seine Energiequellen erkennen und auch pflegen. Es lohnt sich für das Kollegium und die Schulleitung gleichermaßen, denn nur eine gesunde Lehrkraft kann auch eine gute Lehrkraft sein. Zudem sei der Lehrberuf in den letzten Jahrzehnten immer belastender geworden und viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten beständig am oder sogar über dem Leistungslimit.

Nach dem Vortrag wurde noch heftig diskutiert und manche Frage beantwortet. Anschließend konnten interessierte Kollegen/innen das Buch der Referentin erwerben. Nach drei Stunden ging ein informativer und nachdenklicher, aber auch sehr unterhaltsamer Abend zu Ende.

VLB: Mahner in der Bildungspolitik

Kreisverband der Berufsschullehrer tagte – Bei Ehrungen Erfolge und Ziele bilanziert

Bogenberg. (dw) „Einen schwierigen, steinigen Weg hat der Verband der Lehrer an berufsbildenden Schulen in den fast 60 Jahren seines Bestehens zurückgelegt. Ein Weg, der dazu führte, dass sich der VLB zu einem unverzichtbaren Ratgeber und Mahner in der bayerischen Bildungspolitik profiliert hat“, stellte Wolfgang Lambl (Unterfranken) fest, der als stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied des Hauptpersonalrats beim Kultusministerium anlässlich der Ehrungen von 56 Mitgliedern des Kreisverbandes Donau-Wald den Festvortrag hielt. Dabei bilanzierte er die entscheidenden Verbandserfolge für die Entwicklung des beruflichen Bildungswesens ebenso wie dessen zukunftsweisende Ziele.

auftragte Erwin Kern auf das ansprechende Programm der Pensionisten aufmerksam, das demnächst ein Treffen in Zwiesel vorsähe.

In seinen Ausführungen ging Wolfgang Lambl auf den Pioniergeist und die Aufbruchstimmung der zu ehrenden Mitglieder ein. Denn, so betonte er, dieser Rückblick und auch der darauf folgende Blick in die bildungspolitische Zukunft verdeutliche genau den Ausspruch „Wer nicht weiß, wo er herkommt, kann auch die Zukunft nicht gestalten“. Er erinnerte daran, dass der jetzige Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern mit seinen fast 10000 Mitgliedern im Verlaufe der Nachkriegsjahre aus dem Zusammenschluss dreier Verbände hervorgegangen sei: dem Verband Bayerischer Berufsschullehrer, dem Verband der Diplom-Handelslehrer in Bayern und dem Verband Bayerischer Landwirtschaftslehrer.

Zeit des Improvisierens

„Die damals unzureichenden Schulbedingungen in einer Zeit des Improvisierens innerhalb der Bildungslandschaft schweißte die Lehrer fest zusammen.“ Erst 1953 habe es das erste, die Situation einigermaßen regelnde, bayerische Berufsschulgesetz gegeben, verbunden mit einer regen und mehr als notwendigen Bautätigkeit. 1959/60 dann der erste Schritt zur Durchlässigkeit in das allgemein bildende Schulwesen mit der Einführung der BAS (berufliche Aufbauschule), der 1969/70 die BOS (beruflicher Bildungsweg zum Abitur) und 1970/71 die FOS (Fachoberschule mit Fachabitur) folgten.

An die gravierenden Änderungen der letzten 50 Jahre (Einführung des Lehramts, Einbindung in den höheren Dienst, Stärkung des beruflichen Aspektes mit Ausbau von Werkstätten, Vergabe der Schulabschlüsse und mehr) hätte der Verband maßgeblichen Anteil und werde diesen wiederum in den jetzt wieder turbulenten Zeiten einbringen. So gelte es selbstverständlich, trotz Haushaltskürzungen und neuer Schulstruktur-entscheidungen, trotz steigender psy-



Stellvertretender Landesvorsitzender Wolfgang Lambl (links) und Kreisvorsitzender Willi Stelzl (rechts) ehrten die treuen VLB-Mitglieder. Im Bild die für 50 Jahre ausgezeichneten Herbert Frieß, Max Schrödinger, Erwin Reisinger, Josef Hecht, Franz Dreier und Heinrich Vogl (von links).

chischer und physischer Belastungen im Lehrerberuf und zunehmenden Desinteresses der Schüler an Lerninhalten, bildungs-, berufs- und standespolitisch die VLB-Standpunkte mit Forderungen an die Politik zu vertreten: gute Rahmenbedingungen schaffen, Reformen nur Schritt für Schritt einführen, den Lehrern ehrliches Vertrauen entgegenbringen, Erziehung und Schule nicht parteipolitisch missbrauchen. Lambl schloss: „Wir haben gemeinsam viel erreicht. Ich freue mich deshalb sehr, dass wir heute Gelegenheit haben, um uns bei Ihnen für Ihren Einsatz zu bedanken. Es ist mit eine Ehre, Sie ehren zu dürfen.“

Urkunden überreicht

Geehrt durch Lambl und Stelzl mit einer die Worte „motivieren, mitgestalten, mitentscheiden“ tragenden Urkunde und einer Flasche auserlesenen Weines – „Damit Sie zu Hause auch mit Ihrer Familie bei einem guten Tropfen noch weiterfeiern können“ – wurden für 30 Jahre: Josef Hiebl, Norbert Zwengauer, Bartholomäus Sagstetter, Maria Auer, Klaus Peter Stix, Richard Hauke, Josef Zeller, Michael Fuchs, Artur Sedlmeyer, Gerhard Sterr; für 35 Jahre: Manfred Obst, Reinhard Steinbauer, Udo Hartthaler, Gerwig Harant; für 40 Jahre: Christian Kammerl, Franz Kosak, Egon Schweidler, Rosalie Ott, Alfred Zeitler, Klaus Kurzbach, Dr. Walter Ploner. Für 45 Jahre: Gerhard Graßl, Fritz Stahl, Aloisia Dirscherl, Gerhard Unterseher; für 50 Jahre: Josef Hecht, Franz Dreier, Erwin Reisinger, Herbert Frieß, Heinrich Vogl, Max Schrödinger. Aus dem

Kreis der Geehrten fand Klaus Kurzbach Dankesworte und wünschte dem VLB weiterhin Hartnäckigkeit, Weitblick und stets eine glückliche Hand.

KV Donau-Wald

Zeitungsausschnitt aus dem Straubinger Tagblatt

Fachgruppen

FG Agrarwirtschaft

Jahrestagung des Bundesrings Mai 2007

Als bayerischer Vertreter nahm VLB-Agrarwirtschaftler Horst Lochner an dem Treffen teil. Nachfolgend sein Bericht über die Arbeitstagung:

Entwicklung der Ausbildungszahlen

Die Ausbildungszahlen bei den Berufsanfängern im Bereich der Land-

wirte haben sich in den letzten drei Jahren auf etwa 700 Berufsanfänger je Jahr eingependelt. Der Mangel an Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft führt zu einer verstärkten Zunahme von Schülern ohne eigenen landwirtschaftlichen Hintergrund. Zur Zeit finden diese Jugendlichen in der Re-



Von rechts: Ludwig Most (Niedersachsen), Horst Lochner (Bayern), Klaus Anderson (Niedersachsen), Isolde Huß (Schleswig-Holstein), Dr. Rudolf Drexler (Hessen), Josef Brinkhaus (Nordrhein-Westfalen), Dieter Brückmann (Nordrhein-Westfalen), Günter Denninger (Baden-Württemberg).

gel auch einen Ausbildungsplatz und später einen Arbeitsplatz.

BGJ-Agrarwirtschaft :

Der starken Zunahme bei den Schülern im BGJ im laufenden Schuljahr stehe ich eher skeptisch gegenüber. Es steht zu befürchten, dass hier an einigen Standorten das BGJ als Ersatz-BVJ herangezogen wird. Die Gefahr besteht, dass dadurch das gute Niveau in den Klassen leidet.

Die Pferdewirte haben den Antrag gestellt, aus dem BGJ auszusteigen. Sie wollen eine dreijährige Lehre mit einer kooperativen Grundbildung. Dem Antrag wird stattgegeben werden. Als Begründung dient das schlechte Ergebnis bei den Abschlussprüfungen in der Praxis und beim Reiten. Ob dies bereits zum kommenden Jahr greift, ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich werden die gesamten Pferdewirte in allen drei Jahren in Zukunft in München mit Blockunterricht beschult. Es steht zu befürchten, dass damit wieder einige BGJ-Standorte unter die Mindestzahl bei den Schülern (16 Schüler) rutschen. Der Bayerische Bauernverband steht nach wie vor hinter dem BGJ für Landwirte.

Allgemeine Situation:

Das Problem der Lehrerversorgung im beruflichen Bereich hat sich immer noch nicht gebessert. Auch in der Agrarwirtschaft konnten im letzten Jahr nicht alle offenen Planstellen besetzt werden.

Die Altersteilzeit für den öffentlichen Dienst (bei Lehrkräften ab 60 möglich) läuft 2009 aus. Was danach kommt, muss abgewartet werden. Di-

es wird wohl erst nach der Landtagswahl 2008 entschieden. Die Pensionsgrenze wird schrittweise bis auf 67 angehoben.

Im Herbst beginnen die ersten Studiengänge für unser Lehramt als Bachelor / Master – Studiengänge. Ob es dadurch besser wird, muss bezweifelt werden. Zur Finanzierung eines Förderungsamtes bei Volksschul- und Realschullehrkräften befürchten wir eine Absenkung des Eingangsamtes im Rahmen einer neuen Tarifregelung, die ja in Zukunft für jedes Bundesland eigenständig erarbeitet werden muss und unterschiedlich sein wird.

Die gemeinsame Abschlussprüfung im theoretischen Teil für ganz Bayern pendelt sich langsam auf einem vernünftigen Niveau ein und wird allgemein akzeptiert. An eine handlungsorientierte Ausrichtung ist zur Zeit nicht gedacht. *Horst Lochner*

FG Gesundheitsberufe

Fachlehrausbildung an der Fachhochschule

Im Mittelpunkt der Fachgruppensitzung stand diesmal die Ausbildung der Fachlehrer in den Pflegeberufen. Die Vorschriften des Krankenpflegegesetzes vom 16.07.2003 legen fest, dass ab dem 01.01.2009 nur Lehrkräfte an den Berufsfachschulen für Kranken- und Kinder-krankenpflegeschu-

le-/Gesundheitswissenschaften auch die Fachlehrer an Hochschulen auszubilden. Dies wird jedoch an Fachhochschulen angeboten werden müssen.

Zur Vorbereitung auf einen hochschulpolitischen Diskurs an der Katholischen Stiftungsfachhochschule München stellte die Fachgruppe folgende Forderungen auf, die Hochschulen und Schulverwaltung in gleicher Weise treffen:

1. Das Studium muss den Grundberuf (z. B. Gesundheits- und Krankenpfleger/in) voraussetzen.
2. Die Ausbildung soll mit einem Lehramt verbunden werden können.
3. Es müssen an den Fachhochschulen, die Pflegepädagogik anbieten, einheitliche Standards für das Studium geschaffen werden.
4. Es müssen standardisierte Vorgaben für die praktische Ausbildung an den Schulen geschaffen werden, wie z. B. Stunden des eigenverantwortlichen Unterrichts an den Praktikumsschulen oder die Anzahl der Lehrproben u. Ä.
5. Schaffung von Zugangsberechtigungen für Berufsangehörige, die (noch) keine Fachhochschulreife besitzen.
6. Doppelqualifizierung (Berufsausbildung und Fachhochschulreife) in der Erstausbildung durch Integration in die Curricula.
7. Vernetzung von Studiengängen der TU und der Fachhochschulen, wo sinnvoll und notwendig.

Weitere Standorte mit der Ausrichtung Pflegepädagogik sollen in Nürnberg und Würzburg geschaffen werden.

Ein weiterer Punkt auf der Sitzung war die Verwendung der Lehramtsinhaber mit der Fach-richtung Pflege-/Gesundheitswissenschaften. Da sehr viele Schulträger der Schulen im Gesundheitswesen nichtstaatlich sind, wird häufig versucht, die Berufsanfänger niedriger als A 13 oder der entsprechenden Tarifvergütung einzustellen. Es muss Anliegen des VLB aber auch der staatlichen Behörden sein, darauf hinzuwirken, dass hier eine Gleichbehandlung der Besoldung bzw. Vergü-

tung erfolgt. Durch die Schaffung des Ausgleichsfonds können neben der staatlichen Bezuschussung die Lehrpersonalkosten für die Träger, deren Schulen mit einem Krankenhaus verbunden sind, in vollem Umfang refinanziert werden. Somit besteht kein Anlass, die Lehrkräfte unter Tarif zu vergüten.

Um die Studenten und Referendare der beruflichen Fachrichtung Pflege-/Gesundheitswissenschaften sowie der Studenten Pflegepädagogik besser in den Verband zu integrieren, sollen, zusammen mit dem Hauptvorstand, in regelmäßigen Abständen Veranstaltungen für diese künftigen Kollegen organisiert werden, auf denen Rechte und Pflichten im angestrebten Lehramt diskutiert werden können.

Wolfgang Lamprecht

Senioren

Seniorenverteter tagen in München

Zu einer turnusmäßigen Sitzung trafen sich die Seniorenbeauftragten im VLB in der VLB-Geschäftsstelle.

Ihr Vorsitzender Berthold Schuler berichtete aus der aktuellen Seniorenarbeit – über sie kann auch regelmäßig in VLB-akzente nachgelesen werden. Seine Haupttätigkeit sei dabei die fernmündliche Beantwortung von Fragen zum Versorgungs- und Beihilferrecht.

Anschließend wurden die nächsten Termine abgestimmt:

- 23. Juni: Seniorentreffen in Bamberg – 1000 Jahre Bistum
- 20. oder 27. Juni: Seniorentreffen in Valley/Oberbayern – Orgelmuseum
- 21. Juni: Seniorentreffen in Zwiesel

20. September: Seniorentreffen in Schweinfurt – Museum Schäfer
Vor den Ferien: Seniorentreffen in Augsburg
Nach den Ferien: Seniorentreffen im Allgäu

Nähere Informationen gehen den Senioren über die Bezirksvertreter zu, die auch sonst als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Damit die Seniorenarbeit noch intensiviert werden kann, wird ab Juni ein VLB-Flyer für die Senioren zur Verfügung stehen. *VLB*

In die Hallertau – „wo das Bier wächst“ ...

... hatte Peter Wawra, der Seniorenbetreuer des VLB – Oberbayern geladen.

21 interessierte Senioren der Kreisverbände Obb.-Nordwest und Obb.-Südwest kamen nach Wolnzach, um

Der Bildungstreff 2007





Technisches Institut für Aus- und Weiterbildung

8. Christiani Ausbilderinnen- und Ausbildertag in Konstanz*

unter dem Motto:
"Wie sieht die Zukunft der Berufsausbildung aus?"

am 27. und 28. September 2007 in Konstanz

- Mit namhaften Referenten aus Bildung und Wirtschaft
- Mit 7 Foren zu aktuellen Themen
- Mit Fachausstellung
- Mit 2 Fachtagungen
- Mit Informationsaustausch bei geselliger Abendveranstaltung
- Zusammenfassung des Ausbildertages auf CD-ROM

*Neben den Ausbilderinnen und Ausbildern nehmen auch immer mehr Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrer an der Veranstaltung teil.

Gleich anmelden! www.christiani-ausbildertag.de

Buchungs-Nr. 700550
Pro Person EUR 85,-

dort im Deutschen Hopfenmuseum dem Geheimnis der Heilpflanze des Jahres 2007, dem Hopfen, auf den Grund zu gehen. Hans Sommerer, Bezirkspersonalrat, selbst aus einem Hopfenbaubetrieb stammend und einer der Initiatoren des Museums, nahm sie kompetent und engagiert mit auf einen Streifzug durch die biologischen, geschichtlichen, technischen und kaufmännischen Bereiche der beeindruckenden Welt des Hopfens.

Während dieser mit seinen rund 300 Aromaten und Bitterstoffen früher nur als Heilpflanze Verwendung fand, wird er heute zu 98% zum Bierbrauen verwendet. Um 1160 konnte bereits Hildegard von Bingen seine beruhigende Wirkung. Sie wusste aber auch, dass er einen Stoff gegen die Fäulnis in Flüssigkeiten enthält. Dieses Lupulin ist der Grund, warum Hopfen als einer der reinen Stoffe neben Gerste und Wasser zur Bierherstellung erlaubt ist und im ersten Lebensmittelgesetz der Welt, dem Reinheitsgebot von 1516 zu Ingolstadt, genannt wird. Sehr interessiert nahmen die Besucher zur Kenntnis, dass der Hopfen neueren Forschungen zu Folge wieder mehr als Heilpflanze in den Vordergrund rückt, da ihm auch krebshemmende Wirkung zugesprochen wird.

Manche Erinnerungen an die eigene Hopfenzupferzeit und nicht zuletzt die umfassenden und anschaulichen Erläuterungen durch Hans Sommerer machten die fast zweistündige Führung zu einem kurzweiligen und sehr informativen Erlebnis für alle Teilnehmer.

Im Anschluss daran rundete der BV-Vorsitzende Rudi Keil die Info-Veranstaltung mit neuesten standespolitischen Fakten ab. Seminarlehrerin Maria Sommerer, für den Hopfen nicht weniger engagiert als ihr Gatte, referierte über den Stand der neuen Lehrerausbildung.

In gemütlicher Runde bekundeten viele Teilnehmer ihr Interesse an weiteren Veranstaltungen dieser Art.

Peter Wawra

Personalien

Europamedaille für Heribert Mohr

Die bayerische Ministerin für Europaangelegenheiten Emilia Müller verlieh dem langjährigen VLB-Mitglied Heribert Mohr die Europamedaille. Sie bezeichnet in ihrer Laudatio dem ehemaligen Schulleiter „als geschickten Pädagogen und äußerst rührigen Schulleiter“ und bestätigt ihm, dass er die Europa-Berufsschule Weiden fünf Jahre lang erfolgreich geprägt habe. In Mohrs Amtszeit erwarb sich diese Schule „mit gutem Grund“ den Namenszusatz „Europaschule“. Unter seiner Führung habe die Berufsschule unter dem Motto „Euro-



pa muss gelebt werden“ ein internationales Netz mit Schulen und Einrichtungen in neun Ländern auf- und ausgebaut. Zusammen mit ihren Partnerschulen habe die Berufsschule Weiden zahlreiche Projekte durchgeführt, die im Rahmen der europäischen Bildungsprogramme SOKRATES und LEONARDO DA VINCI als förderungswürdig eingestuft wurden. „Sie haben es immer als vorrangiges Ziel Ihrer pädagogischen Arbeit gesehen, den Europäischen Einigungsgedanken an die Jugend heranzutragen und die interkulturelle Kompetenz ihrer Schülerinnen und Schüler zu fördern“ hob die Ministerin lobend hervor und überreicht die Europa-Medaille der

Bayerischen Staatskanzlei an Heribert Mohr „als Dank und als Zeichen der Anerkennung für seine Verdienste um Bayern in Europa“.

Der VLB-Kreisverband Oberpfalz-Nord möchte seinem Mitglied auf diesem Weg seinen herzlichen Glückwunsch übermitteln.

Dr. Gerhard Kellner

Wir gratulieren im Juli ...

... zum 95. Geburtstag

Frank, Erika, 31.07.
97072 Würzburg, KV Würzburg
Meier, Babette, 09.07.
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

... zum 94. Geburtstag

Wiedemann, Karl, 30.07.
82362 Weilheim, KV Obb.-Südwest

... zum 91. Geburtstag

Karrasch, Rudolf, 17.07.
80689 München, BV München

... zum 90. Geburtstag

Lenz, Wilhelm, 27.07.
86163 Augsburg, KV Augsburg

... zum 87. Geburtstag

Krebs, Friedrich, 22.07.
96049 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

... zum 86. Geburtstag

Hannemann, Kurt, 09.07.
96317 Kronach, KV Ofr.-Nordwest

... zum 85. Geburtstag

Kaestl, Ingeborg, 18.07.
94032 Passau, KV Ndb.-Ost

... zum 83. Geburtstag

Berger, Irene, 02.07.
87719 Mindelheim, KV Allgäu
Rottegger, Anna, 27.07.
84036 Landshut, KV Landshut
Löwer, Kurt, 27.07.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg
Fraas, Gertraud, 28.07.
95028 Hof, KV Ofr.-Nordost

... zum 82. Geburtstag

Fuchs, Heinz, 05.07.
87509 Immenstadt, KV Allgäu
Förster, Erna, 27.07.
93170 Bernhardswald,
KV Regensburg

... zum 81. Geburtstag

Heinz, Hans Georg, 08.07.
95447 Bayreuth,
KV Bayreuth-Pegnitz
Gulden, Erika, 15.07.
95030 Hof, KV Ofr.-Nordost
Schubert, Ottmar, 18.07.
91717 Wassertrüdingen,
KV Mfr.-Süd
Denzler, Heinrich, 21.07.
96138 Burgebrach, KV Bamberg-Fochheim

... zum 80. Geburtstag

Hofbeck, Walter, 10.07.
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd
Vogl, Heinrich, 30.07.
94315 Straubing, KV Donau Wald

... zum 75. Geburtstag

Schnabel, Siegfried, 01.07.
90489 Nürnberg, KV Nürnberg
Streng, Willi, 12.07.
91463 Dietersheim, KV Mfr.-Nord
Wolf, Karoline, 02.07.
92660 Neustadt, KV Schwandorf

... zum 70. Geburtstag

Göttfert, Irma, 09.07.
91550 Dinkelsbühl, KV Mfr.-Süd
Graß, Gerhard, 26.07.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald

Lucas, Walter, 14.07.
91056 Erlangen, KV Mfr.-Nord
Röder, Elke, 08.07.
84032 Altdorf, KV Landshut
Schuester, Karlheinz, 19.07.
87439 Kempten, KV Allgäu
Seitz, Horst, 23.07.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg

... zum 65. Geburtstag

Bernhard, Wendelin, 23.07.
82343 Pöcking, KV Obb.-Südwest
Müller, Ursula, 26.07.
97084 Würzburg, KV Würzburg
Rattler, Wolfgang, 13.07.
91077 Neunkirchen/Brand,
KV Nürnberg
Rössle, Herbert, 16.07.
86470 Thannhausen, KV Nordschwaben

Debeka Ihre Krankenversicherung



Höchste Zeit, ...

... dass Sie sich von den Vorteilen der Debeka-Krankheitskostenvollversicherung überzeugen: bedarfsgerechter Versicherungsschutz, günstige Beiträge, freie Arztwahl, keine Rezeptgebühren, Heilpraktikerbehandlung ...

Und sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen in Anspruch nehmen, zahlen wir Ihnen bis zu 4 Monatsbeiträge zurück!

Sie haben Fragen? Wir informieren Sie gerne.

Erfahren. Sicher. Günstig.



Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.

Landesgeschäftsstellen in Bayern:

Landshut
Dreifaltigkeitsplatz 11/11a
84028 Landshut
Telefon (08 71) 96 56 50 - 0

München
Damenstiftstraße 9
80308 München
Telefon (0 89) 23 50 10

Nürnberg
Marienstraße 27
90402 Nürnberg
Telefon (09 11) 23 20 40

Debeka

ANZEIGE


Versichern und Bausparen

Presse-Information

Debeka senkt Beiträge für ältere Krankenversicherte

Die Debeka, Deutschlands größte private Krankenversicherung, hat zum Jahresbeginn die Beiträge für 50.000 Versicherte, die älter als 80 Jahre sind, gesenkt. Damit beweist das Unternehmen, dass entgegen anders lautender Behauptungen eine private Krankenversicherung auch im Alter bezahlbar bleibt.

„Schon heute, wenige Jahre nach Einführung zusätzlicher Maßnahmen zur Reduzierung der Beiträge im Alter, hat die Debeka den Vorwurf gegen die Branche, im Alter seien private Krankenversicherungen für ältere Versicherte oftmals nur schwer zu bezahlen, abgebaut“, erklärt Uwe Laue, Vorstandsvorsitzender des Marktführers. „80- und 90-Jährige zahlen im Durchschnitt keinen höheren Beitrag mehr als beispielsweise 65-Jährige. Und je länger die eingeleiteten Maßnahmen wirken, um so deutlicher wird der beitragsentlastende Effekt sein“, führt Laue aus. „Außerdem beweisen wir einmal mehr, dass unser System funktioniert, auch wenn die Gesundheitsministerin immer wieder etwas anderes behauptet.“

Die Beitragsreduzierung ist eine Konsequenz aus einer Vielzahl von Maßnahmen, die in den neunziger Jahren von den privaten Krankenversicherern gemeinsam mit dem Gesetzgeber entwickelt wurden. So werden seit dem Jahr 2000 unter anderem 90 Prozent der Überzinsen – also der Kapitalerträge, die über den bei der Beitragskalkulation eingerechneten Zins von 3,5

Debeka
Krankenversicherungsverein a. G.
Ferdinand-Sauerbruch-Straße 18
56058 Koblenz

Ansprechpartner für die Presse:
Herbert Grohe
Telefon: (0261) 498-1009
oder (0261) 498-1122
Telefax: (0261) 498-1111
eMail: presse@debeka.de

Ansprechpartner für die Kunden und Interessenten:
Telefon: (0261) 498-0
Telefax: (0261) 41402
eMail: info@debeka.de
Internet: www.debeka.de



Steffen, Udo, 04.07.
90607 Rückersdorf, KV Mfr.-Nord
Weidgans, Maximilian, 18.07.
94036 Passau, KV Ndb.-Ost
Wierer, Manfred, 16.07.
83549 Eiselfing,
KV Rosdenheim-Miesbach

... zum 60. Geburtstag
Bernshausen, Jochen, 12.07.
83024 Rosenheim, BV München
Brunner, Peter, 20.07.
96364 Marktrodach, KV Ofr.-Nordwest
Crampen, Helmuth, 09.07.
97723 Oberthulba, KV Main-Rhön
Fäth, Wolfgang, 27.07.
97737 Gemünden, KV Würzburg
Gevatter, Reinhard, 28.07.
92715 Püchersreuth, KV Opf.-Nord
Hieke, Werner, 25.07.
86529 Schrobenhausen, KV Obb.-Nordwest
Hösel, Josefine, 24.07.
80797 München, BV München
Kieslich, Gertraud, 11.07.
97702 Münnerstadt, KV Main-Rhön
Kreiling, Heidelies, 09.07.
94469 Deggendorf, KV Donau-Wald
Lenz, Peter, 05.07.
86609 Donauwörth, KV Nordschwaben
Metzger, Konrad, 29.07.
86643 Steinhöring, KV Obb.-Nordwest
Reichenbach, Werner, 22.07.
90480 Nürnberg, KV Nürnberg
Schneller, Werner, 22.07.
95100 Selb, KV Ofr.-Nord
Schwab, Werner, 05.07.
92660 Neustadt, KV Opf.-Nord
Sommer, Ursula, 27.07.
92721 Störnstein, KV Opf.-Nord

In den Ruhestand sind gegangen ...

Obst, Manfred (KV Donau-Wald)
Rattler, Wolfgang (KV Nürnberg)
Förschner, Gerhard (KV Augsburg)

Wir trauern um ...

Wagner, Karl-Theodor (84),
KV Altötting-Mühlldorf,
bereits 2005 verstorben
Eppich, Egon (81),
KV Oberbayern-Südwest
Hösl, Josef (89), KV Donau-Wald
Hauschild, Marlies (70),
KV Oberbayern-Nordwest

Vermischtes

BV Mittelfranken

Bremen – unberührt vom Faschingstreiben

Wieder einmal war das Faschingswochenende da und in guter Tradition machten sich auch 2007 wieder eine Schar aus Mittelfranken auf, abseits vom Faschingstrubel, Kultur zu erleben und eine Stadt kennen zu lernen. Unser Ziel war diesmal Bremen.

Um es gleich zu sagen, außer einer als Prinzessin verkleideten Grundschülerin haben wir vom Faschingstreiben nichts mitbekommen. Das Kulturprogramm – „Die Macht des Schicksals“ von G. Verdi und „Rosenkranz und Guldentern“ von T. Stoppard - war von den Darstellern und den gewählten Stücken her gesehen ausgezeichnet. Die moderne Inszenierung von Opern, bei denen man sich gelegentlich fragt, ob hier eine Oper inszeniert werden soll, oder ob der Regisseur sich selbst inszenieren

möchte, ist aber manchmal gewöhnungsbedürftig.

Unsere Gruppe war direkt im Zentrum hervorragend untergebracht, so dass es genügend Gelegenheiten gab, die Geschäfte und die hanseatische Gastronomie zu testen. Eine Stadtführung lies uns den Stolz der Bremer Bürger auf ihre jahrhundertealte Selbständigkeit und Weltoffenheit verständlich werden. Aus dieser Sicht heraus besteht wohl keine Chance auf eine rasche Reduktion der Anzahl der Bundesländer. Dieser Bürgerstolz spiegelt sich auch in einem ausgeprägten Mäzenatentum, das sich in einer gut bestückten Kunsthalle widerspiegelt. Nicht etwa die Stadt, sondern der Kunstverein ist Besitzer dieser Sammlung mit vielen bedeutenden Werken.

Ein Höhepunkt der Reise war die Fahrt nach Bremerhaven. In der Lloyds-Werft konnten wir miterleben, wie riesige Passagierschiffe auseinander geschnitten und um 20 oder 30 Meter verlängert werden. Die Präzision mit der dies geplant, durchgeführt und termingerecht in wenigen Wochen abgewickelt wird war beeindruckend. Nach einer äußerst informativen Be-

Führung im Schnoorviertel.



Hier entsteht das Mittelteil für eine 30 m-Schiffsverlängerung.



sichtigung der Hafenanlagen mit seinem Containerbereich, der Autoverladung, der Tiefkühllogistik und der Bananenanlage konnten wir im Bremer Auswandererhaus ein Auswandererschiff zur Fahrt in eine bessere Zukunft besteigen. Dieses relativ neue Museum kann man nur jedem empfehlen. Das didaktische Konzept versetzt den Besucher mitten in das Geschehen.

Neben all dem Programm war es natürlich auch das gesellige Beisammensein bei guten Gesprächen mit Freunden und Bekannten, welche auch diese Fahrt wieder zu einem schönen Erlebnis werden lies. *Horst Lochner*

VLB-Senioren unterwegs:

Auf Kreuzfahrt im Roten Meer

Das Angebot offenbarte sich Ende Oktober bei „Sonnenklar“ als echtes Schnäppchen: Eine Woche Kreuzfahrt im Roten Meer mit täglichen Ausflugsangeboten: von Aqaba in Jordanien aus in die Nabatäer-Felsenstadt Petra, von Sharm-el-Scheich auf dem Sinai zum Katharinenkloster am Mosesberg, von Suez aus zu den Pyramiden und ins Ägyptische Museum nach Kairo oder vom Ausgangshafen Safaga aus (ca. 60 km südlich von Hurghada) durch die Wüste an den Nil zu den Tempeln in Luxor und den Königsgräbern in Theben West. Und das alles incl. Flug nach Ägypten und Vollpension je nach Kabinenwahl zwischen 800 und 1000 Euro. Wer die Preise auf dem Kreuzfahrtsmarkt kennt wird mir Recht geben – ein Schnäppchen.

Na ja, die Ausflüge kosteten ca. 300 Euro extra, aber im Anschluss an die Seefahrerwoche gab es obendrein als kostenloses Zuckerl noch eine Faulenzerwoche im ****Hotel „1001 Nacht“ in Hurghada – einer Art orientalisches Disneyland – und das sogar „All inclusive!“ Da hieß es eilig zugreifen. Als Bedenkzeit blieben den über e-Mail rasch informierten Reisefreunden – hier zeigte sich, was so eine moderne Interessentenliste in meinem Computer Wert sein kann – nur 4 Tage, denn am 31. Oktober war Buchungsschluss. Trotzdem hatten 32 rechtzeitig rea-

Eine beeindruckende Anlage – der Tempel von Luxor.



giert. Zwar stammte das Gros der 32 Teilnehmer aus der Oberpfalz, aber auch aus Kulmbach, Würzburg und Augsburg waren Kollegen dabei. Sie alle wurden belohnt durch eine abwechslungsreiche, sehr informative und hervorragend organisierte Reise, gut gemixt aus Unterhaltendem und Bildendem, wobei der Relaxanteil nicht zu kurz kam und das Prachtwetter in den beiden Wochen (3. bis 18. März) seinen besonderen Anteil an der allgemeinen Zufriedenheit hatte.

Besonders die erste Woche auf der zwar schon etwas betagten, aber hinsichtlich Komfort, Sauberkeit und Service vollauf akzeptierten „MS Sapphire“ erhielt allgemein großes Lob, wobei zum gebotenen, bestens organisierten Ausflugsprogramm in durchwegs guten, modernen Bussen das Leben auf dem Schiff vor allem durch den lukullischen Part seine besondere Note und damit letztlich den deutlichsten Zuspruch erhielt. Aber auch die sehr informativen Vorträge, bei denen schon an den Vorabenden auf dem Schiff die jeweiligen Ausflugsziele geschichtlich wie topographisch vorgestellt wurden als Vorbereitung auf die zu erwartenden Besonderheiten waren Favoriten in der Gunst der Passagiere.

Während der anhängenden „Bade-woche“ in Hurghada vermieste kühler Ostwind deutlich die Bereitschaft zum Eintauchen ins immerhin schon 19 Grad „warme“ Rote Meer, von einigen eisernen Schnorchlern einmal abgesehen, doch die gleißende Sonne verführte trotzdem zum Sonnenbaden, bei besagter Luftkühlung oft über das rechte Maß hinaus. So blieben erste

Sonnenbrände nicht aus und es zeigte sich einmal mehr: Eitelkeit muss leiden – aber wer wollte schon Anfang März aus Ägypten heimkehren und nicht durch kernige Bräune glänzen.

So kam letztlich jeder auf seine Kosten und die Freude über bzw. die Zufriedenheit mit einer rundum glückten Ägyptenreise war allgemein.

Lothar Fischer

Termine

Qualitätsmanagement in der Hauswirtschaft

Termin: 13. Oktober 2007:

Ort: Augsburg
Der Bayerische Landesausschuss für Hauswirtschaft veranstaltet in Augsburg ein Seminar „Qualitätsmanagement in der Hauswirtschaft“ Nähere Information unter Telefon 0821 - 153491.

Fachtagung des kaufmännische-verwaltenden Bereichs

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der VLB lädt Sie herzlich zu seiner traditionellen Fachtagung

Treffpunkt der Lehrkräfte an kaufmännischen beruflichen Schulen in Bayern

Termin: Samstag, 19. Oktober 2007, 9.00 Uhr bis 15.30 Uhr

Einladung zur Material- und Ideenbörse – von der Praxis für die Praxis „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“

**am Freitag, 6. Juli 2006
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
in München**

10.00 Uhr

Programm

Eröffnung:
Prof. Andreas Schelten
PD Dr. Alfred Riedl
Lehrstuhl für Pädagogik, TU München (LOTH/A 123 Aula)

**am Lehrstuhl für Pädagogik
Technische Universität
80335 München, Lothstraße 17**

10.30 Uhr
bis 16.00 Uhr

„Offene“ Ausstellung von Unterrichtsmaterial:
Konzepte, Ideen, Lernzirkel, Lernspiele, Leittexte, Stundenentwürfe ... aus dem gewerblich-technischen, kaufmännischen und Gesundheitsbereich beruflicher Schulen, MIB-digital – Tauschbörse digitalisierter Lern- und Unterrichtsmaterialien

Kontakt: PD Dr. Alfred Riedl
Lehrstuhl für Pädagogik
TU München, riedl@tum.de

10.30 Uhr
bis 16.00 Uhr

Veranstaltungen in Form von thematisch unterschiedlichen Vorträgen und Workshops, z.B. ...
Unterricht in Lernfeldern – Lernzirkel – Leittexte – Lernspiele – Unterrichtskommunikation – Kreativ-ganzheitlicher Unterricht – Erlebnispädagogik – JoA – Lehrgesundheit – Computer im Unterricht

Vom KM genehmigte Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen – Teilnahmebescheinigung wird ausgestellt (Anmeldung ist nicht erforderlich)

abends:

Back to the Roots (Fachschaft LB)

Veranstalter: Lehrstuhl für Pädagogik, TU München zusammen mit Lehrkräften aus der Unterrichtspraxis. www.paed.wi.tum.de

Kommunale Schulen

Stadt München investiert in berufliche Bildung: Zweites Beratungsstudio eröffnet

KLAUS D. SCHIFFAUER

Als am 20. Februar 2003 der Schulleiter der Städtischen Berufsschule für den Einzelhandel, Günter Hörlein, das erste Beratungsstudio eröffnete, war dies ein erster wichtiger Schritt zur Praxis bezogenen Ausbildung von Verkäufern und Kaufleuten im Einzelhandel. Die Arbeit im neuen Lernfeld 2 (Kundenorientiertes Verkaufen) musste durch praktische Unterrichtseinheiten ergänzt werden.

Ab dem Schuljahr 2003/2004 musste auch das neue Lernfeld 10 (Besondere Verkaufssituationen bewältigen) mit praktischen Unterrichtseinheiten unterrichtet werden. Auf Grund der

Größe der Schule benötigte man einen zweiten Trainingsraum. Dies war umso schwieriger, da in unserer Schule, die räumlich an der Kapazitätsgrenze arbeitet, ca. 2.600 Auszubildende im Teilzeitunterricht beschult werden müssen. Auch im neuen, zweiten Beratungsstudio verwertete man die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren und richtete ein mit Warenregalen und moderner Technik ausgestattete Unterrichtsräume ein. Gleichzeitig lief, sozusagen nebenher, der tägliche Unterrichtsbetrieb.

Nun eröffnete Schulleiter Hörlein offiziell das zweite Beratungsstudio in Anwesenheit zahlreicher Ausbildungsleiter, Betrieben und Vertretern

städtischer und überregionaler Institutionen.

Gleichzeitig eröffnete der „Lindwurm-Shop“, ein von den Schülerinnen und Schülern des Berufsvorbereitungsjahres organisierter Schreibwarenladen, offiziell seine Pforten. Dieses Unterrichtsmodell auf der Grundlage des produktorientierten Ausbildungsansatzes der Landeshauptstadt München bietet allen Auszubildenden zahlreiche Produkte für die tägliche Arbeit in unserer Schule und sich zudem einer großer Beliebtheit erfreuen.

In seiner Eröffnungsrede wies der Schulleiter auf die besonderen Aufgaben der Berufsschule hin. Schule soll nicht nur theoretisches Wissen für den Kaufmann im Einzelhandel vermitteln, sondern auch im Schutz der Schule eine Verfeinerung vorhandener Verkaufstechniken ermöglichen. Dabei darf die Schule keine Konkurrentin zum Betrieb sein, sondern ei-



Der Schulleiter begrüßte die Gäste zur Eröffnung der neuen Einrichtungen in der Berufsschule für den Einzelhandel.

ne wertvolle Ergänzung, wo die Auszubildenden auch einmal ohne weitreichende Konsequenzen etwas Neu-

es ausprobieren können. Den Gästen wurde neben einer kurzen Darstellung der bisherigen Bemühungen zur



Eine Schülerin und ein Schüler stellen sich den Fragen der interessierten Zuhörer bei der Vorführung eines Verkaufsgesprächs.



Die Schülerinnen und Schüler stellen ihre Produkte im Lindwurm-Shop vor.

Errichtung eines Beratungsstudios seit 1996, eine Kostprobe der praktischen Arbeit vor der Kamera und in einem Videofilm praktische Beispiele aus anderen Klassen geboten. Im Schreibwarenladen konnten sich die Gäste von den Bemühungen der Schülerinnen und Schüler, die bisher ohne Ausbildungsvertrag sind, überzeugen, wie man Produkte entwickelt, herstellt und vertreibt. In einem selbst gedrehten Videofilm zeigten die Schülerinnen und Schüler den interessierten Gästen die Fertigungsschritte für ihre Erzeugnisse.

Im Übungsraum des Beratungsraumes, mit Warenregalen, Schauvittrinen, Präsentationstisch und fahrbarem Kühlregal, gefüllt mit zur Verfügung gestellter Ware aus den Ausbildungsbetrieben und Dekorationsartikel, werden die Verkaufsgespräche und Warenpräsentationen der Auszubildenden mit Hilfe einer modernen digitalen Videokamera aufgezeichnet, um die Wirkung ihres Handelns und Sprechens dann in der Kleingruppe zu analysieren und um Tipps für eine Verbesserung zu erfahren.

Die vor der Kamera handelnden Schülerinnen und Schüler erfahren sich dabei nicht mehr als Prüflinge, die vom Lehrer beobachtet und beurteilt werden, sondern als Akteure, die auch ihren Mitschülerinnen und Mitschülern zeigen wollen wie sie in ihren Betrieben verkaufen. Die Arbeitsaufträge zur Analyse dieser Verkaufsszenen umfassen also nicht nur die konstruktive Kritik der aufgenommenen Sequenzen, sondern auch Fragen zu den besonders gut gelungenen Leistungen. Die Arbeit der Kleingruppen kann dann, bei Einverständnis aller Akteure im Seminarraum über einen Plasmabildschirm der ganzen Klasse gezeigt werden.

Das Verkaufsgespräch gliedert sich in mehrere Stufen, die alle eine Bedeutung für das Gelingen haben. Es muss also darauf Wert gelegt werden, dass die Schülerinnen und Schüler die einzelnen Stufen kennen, ihre Wirkung auf den Kunden erfahren und für die Praxis einüben. Besonders schwierige Verkaufssituationen (z. B. das Bedienen bei Hochbetrieb, die Beratung

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: pewiede@arcor.de

**Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

z.B. mit der **aktienorientierten Sterbegeldversicherung** ersparen Sie Ihren Angehörigen finanzielle Risiken und sichern sich selbst ein würdiges Begräbnis.

Die Gesamtkosten für eine würdige Bestattung übersteigen heute oft den Betrag von 5.000 €. Vor allem, da die gesetzlichen Krankenkassen und Beihilfe kein Sterbegeld mehr bezahlen.

- Im Versicherungsfall wird die garantierte, bei Unfalltod sogar die doppelte Versicherungssumme ausgezahlt.
- Sie bestimmen, wie die Überschüsse angelegt werden sollen. Mehrere Fonds stehen zur Auswahl.
- Das angesammelte Fonds-Guthaben wird dann zusammen mit der garantierten Versicherungssumme ausgezahlt.

Wir suchen Lehrer/innen für Nürnberg und München die ab und zu bereit sind, an einem Samstag auszuhelfen!

Unterrichtsfächer sind u. a. soziale Kompetenz, Kommunikation, Gesprächsführung, ...

Keine Fachkenntnisse erforderlich – detailliertes Handbuch ist vorhanden!

Info unter Telefon 073 66 / 92 13-27

Straßenberger Konsens-Training
www.strassenberger.com

kurz vor Ladenschluss und die Beratung eines englischsprachigen Kunden) bedürfen ebenfalls einer konsequenten Übung um dann diese Situationen in der Praxis zu meistern.

Der medienpädagogische Hintergrund wird hier durch folgende Sachverhalte deutlich:

- Auszubildende sind nicht mehr passive Videokonsumenten, sondern aktive Videogestalter und erkennen deutlich was zu tun ist, um besondere Reaktionen beim Kunden oder Betrachter zu erzielen.
- Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in den Lernfeldern 2 (Kundenorientiertes Verkaufen) und 10 (Besondere Verkaufssitua-

tionen bewältigen) werden dokumentiert und adäquat präsentiert.

- Die neue DVD-Technologie erlaubt die kostengünstige Archivierung und das rationelle Duplizieren guter Verkaufsszenen.

Für die Technik und die Ladeneinrichtung dieses Beratungsstudios wurden ca. 15.000 Euro investiert. Diese Investitionen zeigen wieder deutlich die Anstrengungen der Stadt München, das berufliche Schulwesen weiter aufzuwerten um die Chancen der Auszubildenden im Einzelhandel in der Zukunft zu erhöhen.

Weitere Informationen:
www.bseinzelh.musin.de

Autorenverzeichnis

Dr. Güttler, Horst/Zöller, Arnulf

ISB, Schellingstr. 155,
80797 München, Tel.: (089) 2170-2210

Dr. Heyder, Friedrich

FOS/BOS, Am Kreuzweiher 7;
91764 Weidenbach-Triesdorf;
Tel.: (09826) 18201

Käfler, Hans

VLB-Landesvorsitzender
BS, Am Fernsehurm 1, 94036 Passau,
Tel.: (0851) 9591300

Dr. Kellner, Gerhard

BS, Stockerhutweg 51, 92637 Weiden,
Tel.: (0961) 206-0

Lambl, Wolfgang

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
und Hauptpersonalrat
Gramschatzer Ring 6, 97222 Rimpar,
Tel.: (09363) 5278

Liebel, Alexander

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender
BS, Schönweißstr. 7, 90461 Nürnberg,
Tel.: (0911) 231-3948

Mederer, Maria

FOS/BOS, Pfarrstr. 21/23,
91522 Ansbach,
Tel.: (0981) 95147

Schiffauer, Klaus D.

BS, Lindwurmstr. 90, 80337 München,
Tel.: (089) 233-32553



Mitgliederbefragung zum Schematismus 2008

Zum Jahresbeginn des Jahres 2008 wird der neue VLB-Schematismus erscheinen.

Soll dieser als **Broschüre** oder als **CD-ROM** erscheinen?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie **sofort** ab unter **www.vlb-bayern.de**.*

Bis zum 28. Juni 2007 haben Sie die Möglichkeit, uns Ihre Vorstellung des neuen Schematismus mitzuteilen.

* Die Abstimmung erfolgt anonym
